

Bayerisches Staatsministerium des  
Innern



# **VERFASSUNGSSCHUTZ INFORMATIONEN**

## **BAYERN**

1. Halbjahr 2005

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>1.</b>	<b>EXTREMISTISCHE UND SICHERHEITSGEFÄHRDENDE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN</b>	<b>4</b>
1.1	Islamistischer Terror	5
1.1.1	Terrornetzwerk um al-Qaida	5
1.1.2	Islamistisch motivierte Terroraktionen	6
1.1.3	Erklärungen des al-Qaida-Netzwerks	7
1.1.4	Exekutivmaßnahmen und Urteile	9
1.2	Islamische Extremisten	11
1.2.1	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)	11
1.2.1.1	Verbindungen zu türkischen Parteien	11
1.2.1.2	Dr. Kurtulmus als neuer Mann der Milli Görüs-Bewegung	12
1.2.1.3	Türkischsprachige Tageszeitung „Milli Gazete“	12
1.2.1.4	Großveranstaltung am 14./15. Mai in Kerpen	13
1.2.1.5	Durchsuchungsaktionen bei der IGMG-Zentrale Südbayern	13
1.2.2	Hilafet Devleti (Der Kalifatsstaat)	14
1.2.3	Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)	14
1.2.3.1	Vereinsstruktur	14
1.2.3.2	Durchsuchungsaktion am 14. April	15
1.2.3.3	Schura-Ratswahl des Islamischen Zentrums München (IZM)	15
1.2.4	Tablighi Jamaat (TJ)	16
1.3	Verbot der türkischsprachigen Tageszeitung „Anadoluda Vakit“	17
1.4	Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL), ehemals Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) bzw. Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	17
1.4.1	Anschläge in der Westtürkei	18
1.4.2	Gründung einer „neuen PKK“ innerhalb des KONGRA GEL	18
1.4.3	Newroz-Feierlichkeiten	19
1.4.4	Exekutivmaßnahmen und Urteile	19
<b>2.</b>	<b>RECHTSEXTREMISMUS</b>	<b>21</b>
2.1	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	22
2.1.1	Teilnahme an Wahlen	22
2.1.1.1	Landtagswahl in Schleswig-Holstein	22
2.1.1.2	Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen	23
2.1.2	Geplante Bundestagswahl	23
2.1.3	Bündnispolitik	24
2.1.3.1	Deutschland-Pakt	24
2.1.3.2	Integration von Neonazis	24
2.1.3.3	Werbung um das Wählerpotenzial der Linkspartei	24

2.1.4	Sonstige Aktivitäten	25
2.1.4.1	Eklat im Sächsischen Landtag	25
2.1.4.2	Politischer Aschermittwoch	25
2.1.4.3	Freiheitlicher Kongress	26
2.1.4.4	Maikundgebung in Nürnberg	26
2.1.4.5	Protestaktion gegen das Jugendzentrum in Dorfen	26
2.1.5	Junge Nationaldemokraten (JN)	27
2.2	Deutsche Volksunion (DVU)	27
2.2.1	Bundesparteitag	27
2.2.2	Kundgebung in Augsburg	28
2.2.3	Publizistische Aktivitäten	28
2.3	Die Republikaner (REP)	28
2.3.1	Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen	28
2.3.2	Proteste gegen den offiziellen Abgrenzungskurs	29
2.3.3	Sonstige Aktivitäten	29
2.3.3.1	Politischer Aschermittwoch	29
2.3.3.2	Partei- und Informationstag in Ingolstadt	30
2.3.4	Rechtsextremistische Agitation	30
2.4	Deutsche Partei - Die Freiheitlichen (DP)	30
2.4.1	Amtsenthörung des Bundesvorsitzenden	30
2.4.2	Wechsel des saarländischen Landesvorstands zu den REP	31
2.5	Münchner Bekenntnis	31
2.6	Revisionistische Gedenkveranstaltungen	32
2.7	Organisationsunabhängige Publizistik	32
2.8	Skinheads	33
2.8.1	Überblick	33
2.8.2	Skinhead-Musik und Skinhead-Konzerte	33
2.9	Neonazismus	35
2.9.1	Stellungnahme führender Neonazis zu den Bündnisbemühungen im rechtsextremistischen Lager	35
2.9.2	Kameradschaft München	36
2.9.3	Weitere neonazistische Kameradschaften	36
2.9.4	Neonazistische Vorfälle	37
2.10	Rechtsextremistische Gewalttaten	38
2.10.1	Überblick	38
2.10.2	Einzelne Gewaltdelikte	39
2.11	Exekutivmaßnahmen und Urteile	40
3.	<b>LINKSEXTREMISMUS</b>	43
3.1	Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	43
3.1.1	Außerordentliche Tagung des 9. Parteitags	43
3.1.2	Solidarische Verbundenheit mit der kubanischen Revolution	44
3.1.3	Teilnahme an Wahlen	44

3.1.4	Landesparteitage der PDS Bayern	44
3.1.5	Bundesdelegiertenkonferenz des Jugendverbands [‘solid]	45
3.2	Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	45
3.2.1	17. Bundesparteitag	45
3.2.2	Tagung des Parteivorstands	46
3.2.3	14. Pressefest des DKP-Zentralorgans „Unsere Zeit“ (UZ)	46
3.2.4	Teilnahme an Wahlen	46
3.3	Proteste gegen die 41. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik	46
3.4	Proteste gegen das Pfingsttreffen des „Kameradenkreises der Gebirgstruppe e.V.“	47
3.5	Ostermärsche	48
3.6	Autonome	48
3.6.1	Globalisierung	49
3.6.2	Teilnahme von Autonomen an Kundgebungen zum 1. Mai	49
3.6.3	Antifaschismus	50
3.7	Linksextremistische Gewalt- und Straftaten	51
4.	<b>SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)</b>	53
4.1	Eröffnung eines Drogenrehabilitationszentrums von „NARCONON Bayern e.V.“ in Ellmau/Tirol	53
4.2	Veranstaltungen	53
4.3	Internationale Aktionen der SO	54
4.4	Verwaltungsgerichtsverfahren	55

## ANHANG

Entwicklung extremistisch motivierter Gewalttaten in Bayern (Grafik)

## 1. EXTREMISTISCHE UND SICHERHEITSGEFÄHRDENDE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN

Der islamische Extremismus, insbesondere dessen Terrornetzwerke, stellt weiterhin die größte Bedrohung der Inneren Sicherheit der westlichen Staaten und damit auch Deutschlands dar. Trotz der Festnahme oder des Todes einiger hochrangiger al-Qaida-Funktionäre sind die islamistischen Terrornetzwerke nach wie vor handlungsfähig. Das konspirative Verhalten mutmaßlicher Anhänger der islamistischen Netzwerke und ihre nicht unerheblichen Aktivitäten müssen weiterhin intensiv beobachtet werden. Die Sprengstoffanschläge am 11. März 2004 in Madrid mit 191 Todesopfern und über 1.500 Verletzten sowie die Sprengstoffanschläge am 7. und 21. Juli in London mit 56 Todesopfern und etwa 780 Verletzten zeigen, dass sogar in Europa mit schwersten Terroranschlägen islamischer Extremisten zu rechnen ist. Nach den jüngsten Ereignissen sind nach wie vor britische, aber auch israelische und US-amerikanische Einrichtungen selbst in Deutschland primär gefährdet. Konkrete Hinweise auf Anschläge in Deutschland sind jedoch derzeit nicht vorhanden. Es ist allerdings davon auszugehen, dass in Deutschland gleichfalls eine erhebliche Gefahr terroristischer Anschläge durch islamische Extremisten besteht. Bedingt durch das Engagement Deutschlands in der Bekämpfung des Islamismus, u.a. durch die Beteiligung an UN-Einsätzen in Afghanistan und am Horn von Afrika, muss ferner mit einer erheblichen Gefährdung deutscher Einrichtungen insbesondere im Ausland gerechnet werden. Der Anschlag am 23. Juli in Sharm el-Scheich/Ägypten macht auch die Gefährdung vermeintlicher Urlaubsparadiese deutlich. Die Exekutivmaßnahmen und Gerichtsverfahren in Deutschland, wie beispielsweise zwei länderübergreifende Durchsuchungsaktionen am 12. Januar und 2. Februar oder das Verfahren gegen einen irakischen Staatsangehörigen vor dem Oberlandesgericht München wegen Betätigung als Mitglied einer ausländischen terroristischen Vereinigung, zeigen, dass Bayern und Deutschland Aktionsräume islamistisch-terroristischer Netzwerke sind und auch hier Unterstützer zu finden sind.

Polizeiliche Durchsuchungsmaßnahmen im September 2004 und April 2005 in der IGMG-Gebietszentrale Südbayern haben die islamisch-extremistische IGMG stark verunsichert. Die IGMG dürfte deshalb künftig noch stärker um ein rechtlich unangreifbares Erscheinungsbild bemüht sein. Dennoch hat sich die IGMG von den Positionen ihres geistigen Führers Prof. Necmettin Erbakan nicht glaubwürdig distanziert.

Die der Moslebruderschaft verbundene Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) hat in Nürnberg begonnen, ihre bereits seit längerem geplante Änderung der Vereinsstruktur umzusetzen. Die bisher der IGD unmittelbar nachgeordneten Islamischen Zentren sollen eigenständige Vereine werden. Ob mit diesen vereinsrechtlichen Umstrukturierungsmaßnahmen auch ein ideologischer Richtungswechsel bei den einzelnen Islamischen Zentren verbunden sein wird, bleibt zweifelhaft.

Die Bedeutung des „Kalifatsstaats“ hat nach dem Verbot im Jahr 2001 und den durchgeführten Durchsuchungsmaßnahmen abgenommen. Insbesondere die Abschiebung des früheren „Kalifen“ Metin Kaplan in die Türkei hat zu einer Verunsicherung der Anhängerschaft geführt. Gleichwohl versuchen einige „Kalifatsstaats-Getreue“, organisatorische Zusammenhänge aufrecht zu erhalten und die Lehren des „Kalifen“ weiterhin zu verbreiten. Der gegen Metin Kaplan am 20. Dezember 2004 in der Türkei eröffnete Prozess endete am 20. Juni mit einer lebenslangen Freiheitsstrafe.

Im April fand das Deutschlandtreffen der Tablighi Jamaat (TJ) in Hamburg statt. An der Veranstaltung nahmen rund 1.000 Anhänger teil. Um den Einfluss des Islam zu vergrößern, wurden die Anhänger darauf eingeschworen, ihre Missionierungsarbeit zu verstärken. Diese ist nicht nur äußerst integrationsfeindlich, sondern kann auch dazu führen, dass sich bei einzelnen Teilnehmern eine Bereitschaft zum „Djihad“ entwickelt.

Nach den seit Ende des letzten Jahres laufenden Arbeiten des „Vorbereitungskomitees für den Wiederaufbau der PKK“ fand im Frühjahr dieses Jahres ein Kongress zum Wiederaufbau der „Arbeiterpartei Kurdistans“ statt; anschließend wurde die Gründung der „neuen PKK“ verkündet. Diese soll allerdings nicht an die Stelle des KONGRA GEL treten, sondern sich innerhalb des KONGRA GEL etablieren. Ihre Aufgabe sieht sie in einer „demokratischen“ Lösung der Kurdenfrage. Trotz eines Dementis kann ein PKK/KONGRA GEL-Hintergrund bei den jüngsten Terrorakten in der Westtürkei nicht ausgeschlossen werden.

Im ersten Halbjahr 2005 wurde eine Gewalttat aus dem Bereich „politisch motivierte Ausländerkriminalität“ registriert, die im Zusammenhang mit der Münchner Sicherheitskonferenz am 12. Februar steht. Allerdings sind im ersten Halbjahr 2005 auch drei ausländischen Extremisten zuzurechnende Terrorismusdelikte zu verzeichnen. In allen drei Fällen stehen irakische Staatsangehörige im Verdacht, die ausländische Ansar al-Islam, eine islamistische Vereinigung von Kurden, zu unterstützen.

## 1.1 Islamistischer Terror

### 1.1.1 Terrornetzwerk um al-Qaida

Das Terrornetzwerk um al-Qaida stellt einen weltweiten Verbund aus unabhängig voneinander operierenden Organisationen und Zellen dar, in denen bei gemeinsamer Zielrichtung unterschiedliche Organisationsformen und Vorgehensweisen festzustellen sind. Al-Qaida selbst hat ihre Wurzeln in den arabischen Mudjahidin, die an Kämpfen in Tschetschenien und Afghanistan teilgenommen bzw. diese unterstützt haben. Sie wurden in islamistischen Trainingslagern ideologisch wie auch militärisch für den bewaffneten „Djihad“ geschult. Maßgeblicher Drahtzieher und Unterstützer der arabischen Mudjahidin ist der weiterhin im Untergrund lebende Usama Bin Ladin. Seine charismatische Persönlichkeit und die Ideologie der al-Qaida, wonach es Pflicht der Muslime ist, die Ungläubigen in der Welt im bewaffneten Kampf zu besiegen, wenn sie sich nicht dem Islam anschließen, sind Vorbild und Bindeglied weltweit autark operierender Gruppierungen und Zellen. Diese unabhängigen und lose vernetzten Zellen von Attentätern bedürfen keines zentralen Kommandos. Aktuelle Beispiele hierfür sind die Bombenanschläge vom 7. und 21. Juli in London, aber auch vom 23. Juli in Ägypten. Nach derzeitigem Kenntnisstand müssen die Attentäter mit dem Netzwerk um al-Qaida in Zusammenhang gebracht werden.

Strategische Ziele der al-Qaida sind die „Befreiung der heiligen Stätten des Islam“, das heißt Abzug der amerikanischen Präsenz aus Saudi-Arabien und der arabischen Welt, sowie der Kampf gegen Israel. Langfristig soll die internationale Ordnung insgesamt und deren Träger, insbesondere die USA, destabilisiert, zerschlagen und durch ein auf die Scharia gestütztes Regime ersetzt werden. Trotz intensiver Bemühungen konnten die Sicherheitsbehörden weltweit al-Qaida nicht entscheidend schwächen. Es wurden zwar wiederholt al-Qaida-Funktionäre oder Rädelsführer anderer Netzwerkgruppierungen festgenommen bzw. bei Fahndungsaktionen der Sicherheitskräfte getötet; allerdings ist es sowohl al-Qaida als auch anderen Terrororganisationen bisher immer wieder gelungen, wichtige Funktionäre zu ersetzen.

Neue Glaubenskämpfer werden insbesondere in Lagern in den Grenzregionen Afghanistans, Pakistans, Tschetscheniens, Kaschmirs und Indonesiens geschult. Dorthin ziehen nach wie vor islamistische Freiwillige, darunter auch militante Islamisten aus Deutschland. Seit der militärischen Intervention der USA im Irak muss die dortige Region neben den westlichen Staaten immer noch als eines der „Hauptkampfgebiete“ betrachtet werden. Dies belegen zahlreiche Reisetätigkeiten und Schleusungen von Glaubenskämpfern.

### 1.1.2 Islamistisch motivierte Terroraktionen

Mit einem vierfachen Bombenanschlag am 7. Juli in London bewiesen islamistische Terroristen wieder ihre Präsenz in Europa. Gegen neun Uhr Ortszeit kam es im Innenstadtbereich zu mehreren Explosionen in Einrichtungen der Londoner U-Bahn sowie in einem Bus. Bislang ist nicht sicher, ob es sich bei den Anschlägen um Selbstmordattentate handelt oder ob Sprengstoffpakete per Zeit- bzw. Fernzündung zur Explosion gebracht worden sind. Insgesamt gehen die britischen Behörden von 56 Todesopfern und etwa 780 Verletzten aus. Da sich unter den Verletzten auch fünf deutsche Opfer befinden, leitete der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach § 129a in Verbindung mit § 129b StGB und anderer Straftaten gegen Unbekannt ein. Noch am Tag der Anschläge erschien im Internet eine Erklärung der bisher nicht bekannten Gruppe „Geheime Jihad-Basis al-Qaida in Europa“. In der in hocharabischer Sprache verfassten Erklärung übernahm diese Gruppe die Verantwortung für die Anschläge in London und bezeichnete sie als „Reaktion auf die Massaker der Briten in Irak und Afghanistan“. Weiterhin wurden die dänische und die italienische Regierung sowie alle anderen „Regierungen der Kreuzfahrer“ davor gewarnt, dass sie „dieselben Strafen“ erleiden würden, wenn sie ihre Truppen nicht aus dem Irak und Afghanistan abzögen. Am 21. Juli ereigneten sich in London nochmals vier Explosionen, wiederum in drei U-Bahnen und in einem Bus. Mit diesen Attentaten sollten wohl die Anschläge vom 7. Juli kopiert werden. Allerdings explodierten diesmal nur die Zünder und nicht die Sprengsätze; es wurde niemand verletzt.

Auch in anderen Staaten, insbesondere im Nahen Osten, setzten die Anhänger des islamistischen Terrors ihre Gewaltakte fort:

Am 19. März sprengte sich in Doha, der Hauptstadt Katars, ein ägyptischer Selbstmordattentäter am Eingang eines Theaters, das zu einer britischen Schule gehört, in die Luft. Dabei wurden ein Brite getötet und zwölf weitere Personen, darunter einige Ausländer, verletzt. Zu dem ersten Terroranschlag gegen Ausländer in Doha bekannte sich eine bisher unbekannte Gruppe „Jund al-Sham“ (Herr Großsyriens).

In der ägyptischen Hauptstadt Kairo kamen am 7. April bei einem Bombenanschlag in einem Touristenviertel drei Menschen ums Leben, etwa 20 Personen wurden verletzt. Am 8. April bekannte sich auf einer Internet-Seite eine islamistische Gruppe namens „Brigaden des islamischen Stolzes im Land des Nils“ zu dem Bombenanschlag. Sie erklärte, sie habe mit dem Anschlag gegen die Tyrannei der ägyptischen Regierung sowie gegen die US-Politik im Nahen Osten protestieren wollen.

Ebenfalls in Kairo stürzte sich am 30. April in der Nähe des Ägyptischen Museums ein Ägypter in Selbstmordabsicht von einer Nilbrücke auf eine Gruppe ausländischer Touristen und zündete einen Sprengsatz. Kurz darauf beschossen die Schwester und die Verlobte des Täters einen Touristenbus. Alle drei Attentäter kamen ums Leben; insgesamt wurden mindestens elf Menschen verletzt.

Bei einer Explosion im Norden Afghanistans wurden am 26. Mai zwei niederländische NATO-Soldaten verletzt. Anhänger des gestürzten Taliban-Regimes erklärten, eine ferngesteuerte Bombe gezündet zu haben.

Afghanische Rebellen verübten am 13. Juni im Süden Afghanistans einen Autobombenanschlag auf einen Militärkonvoi der US-Armee. Bei der Explosion eines geparkten Taxis wurden mindestens fünf amerikanische Soldaten verletzt.

Im Irak haben die Selbstmordanschläge im ersten Halbjahr 2005 deutlich zugenommen. Diese Entwicklung hängt sowohl mit der besonderen Situation des Irak nach der Intervention der USA als auch mit den Wahlen am 30. Januar zusammen. Vor allem die „Organisation al-Qaida für den Dihad im Zweistromland“ von Musab al-Zarqawi hatte einen gnadenlosen Krieg gegen die Wahlen und die Demokratie angekündigt. Die Anschläge richteten sich überwiegend gegen Bewerber bei den irakischen Sicherheitsdiensten.

Am 30. Januar kamen bei dem Absturz eines britischen Transportflugzeugs nordwestlich von Bagdad zehn britische Armeeangehörige ums Leben. In einer im Internet veröffentlichten Mitteilung erklärte die Ansar al-Islam, sie habe das Flugzeug mit einer Panzerabwehrrakete abgeschossen.

Bei Anschlägen am Wahltag im Irak am 30. Januar kamen etwa 36 Menschen ums Leben, fast einhundert Personen wurden verletzt. Allein in Bagdad gab es kurz hintereinander neun Selbstmordattentate, außerdem wurden mindestens 30 Raketen u.a. auf Wahllokale abgefeuert. Die Gruppe al-Zarqawis bekannte sich im Internet zu insgesamt 13 Selbstmordattentaten.

In einer am 1. März im Internet veröffentlichten Erklärung bekannte sich die „Al-Qaida Organisation für den Heiligen Krieg im Irak“ zu einem verheerenden Selbstmordanschlag. So habe sich ein „Löwe“ ihrer Märtyrer-Brigaden in eine Ansammlung von Abtrünnigen vor einem Regierungszentrum von Polizei und Nationalgarde gestürzt, sein mit Sprengstoff beladenes Auto in die Luft gesprengt und 125 Abtrünnige getötet.

Am 21. April explodierte in Bagdad neben dem Konvoi des ehemaligen irakischen Ministerpräsidenten Dr. Allawi eine Autobombe, wobei mindestens ein Polizist getötet wurde. Auf einer Internet-Seite übernahm die Gruppe von al-Zarqawi die Verantwortung für den Anschlag.

### 1.1.3 Erklärungen des al-Qaida-Netzwerks

In Erklärungen des Terrornetzwerks und seiner Repräsentanten wurden erneut Terroranschläge, Selbstmordattentate und der „Heilige Krieg gegen den Westen“ propagiert und gerechtfertigt.

Auf einer islamistischen Internet-Nachrichtenseite wurde am 22. Januar eine Erklärung von Scheich Abu Musab al-Suri, Angehöriger der al-Qaida, veröffentlicht, die er bereits im Dezember 2004 abgegeben haben soll. Er forderte in seiner Stellungnahme die europäischen Staaten u.a. dazu auf, dem Beispiel Spaniens zu folgen und sich aus der „amerikanisch-zionistischen Allianz gegen die Muslime“ zurückzuziehen. Zugleich warnte er Deutschland und Frankreich, allein ihr Engagement in Afghanistan bzw. das Kopftuchverbot werde eine Feindschaft gegenüber den Muslimen begründen, ungeachtet der Position beider Staaten zur Palästinenser- und Irak-Frage. Außerdem bedauerte al-Suri, dass am 11. September 2001 keine Massenvernich-



tungswaffen zum Einsatz kamen; schließlich habe Washington bei der kolonialen Unterjochung der Welt diese ebenfalls eingesetzt. Er ermutigte alle Muslime und „Gegner der Cowboys“, weiter nach schmutzigen Bomben bzw. Massenvernichtungswaffen zu streben und die USA mit diesen legitimen Waffen zu vernichten.

In einer am 23. Januar im Internet veröffentlichten etwa 48-minütigen Tonbandaufzeichnung stellte sich der Sprecher als al-Zarqawi vor und kündigte einen gnadenlosen Krieg gegen die Demokratie und die Wahlen im Irak an. Die Demokratie sei ein böses Herrschaftssystem, weil es die Gott zustehende Macht dem Volke übertrage. Der Redner forderte die sunnitischen Muslime im Irak auf, sich gegen die Wahlen am 30. Januar zu stellen, denn diese seien eine Verschwörung der USA und der schiitischen Muslime im Irak, um das Land unter die Kontrolle der Schiiten zu bringen. Der Sprecher führte dazu auch sieben Thesen gegen die Demokratie an, die jeweils mit Zitaten aus dem Koran gestützt wurden.

Am 17. Februar wurde im Internet wieder eine Erklärung der Gruppe von Abu Musab al-Zarqawi „Organisation al-Qaida für den Dihad im Zweistromland“ veröffentlicht, in der sie ihre Entschlossenheit zur Fortsetzung des Kampfes im Irak bekundete. Demnach werde ihr „Heiliger Krieg“ nicht eher enden, bis die Feinde Gottes den Irak verlassen hätten. Der Kampf werde bis zur Errichtung eines islamischen Staates weitergehen. Die Gruppe beschuldigte außerdem die „Medien der Kreuzfahrer“, ein negatives Bild der „heiligen Krieger“ zu zeichnen:

*„Die Medien der Kreuzfahrer geben vor, dass wir Massaker begehen. Wir sagen ihnen: Ja, ... je mehr Blut von Ungläubigen fließt, desto mehr nähern wir uns Gott.“*

In einer am 20. Februar von dem arabischen Fernsehsender al-Djazira veröffentlichten Videobotschaft wandte sich der Stellvertreter des al-Qaida-Führers Usama Bin Ladin, Dr. Ayman al-Zawahiri, sowohl an die muslimische als auch an die westliche Welt. Er erklärte, dass der neue Kreuzzug zum Scheitern verurteilt sei und mit dem Tod von Zehntausenden und der Zerstörung der westlichen Wirtschaft enden werde.

Eine Gruppierung, die sich „Tanzim al-Tajdid al-Islami“ (Islamische Erneuerungsbewegung) nennt, veröffentlichte am 18. März in einem als al-Qaida-Sprachrohr bekannten Internet-Forum eine Warnung an die Führer der Vereinten Arabischen Emirate. Darin wurde u.a. die Unterstützung der Amerikaner im Irak angeprangert, aber auch die Zusammenarbeit mit Deutschland bei der Ausbildung irakischer Polizeikräfte verurteilt.

Am 18. Mai erschien auf mehreren islamistischen Internet-Seiten eine al-Zarqawi zugeschriebene Audiobotschaft. In dieser wurden die Kampfmethoden seiner Organisation gerechtfertigt und erneut die Schiiten scharf angegriffen. Nach Meinung des Sprechers wurde außerdem dem Tod des Papstes eine übertriebene Aufmerksamkeit gewidmet. Ausführlich wurde der Einsatz von Autobomben mit religiösen - aber auch praktischen - Überlegungen gerechtfertigt. Der Tod unbeteiligter Muslime müsse bedauerlicherweise in Kauf genommen werden, da er einem höheren Zweck, nämlich dem „Dihad gegen die Ungläubigen“, diene. Diese Praxis werde von zahlreichen muslimischen Gelehrten ausdrücklich gebilligt; das gelte auch für Selbstmordattentate, die zudem angesichts der scharfen Sicherheitsvorkehrungen in Bagdad das probate Kampfmittel seien.

#### 1.1.4 Exekutivmaßnahmen und Urteile

Die Polizei durchsuchte am 12. Januar wegen Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung in Bayern und vier weiteren Bundesländern 50 Wohnungen, Telefonläden und Moscheen. Sie nahm dabei insgesamt 24 Personen fest. In Neu-Ulm wurden ein Wohnhaus und eine Moschee des „Multikulturhaus e.V.“ durchsucht; es wurden drei Personen verhaftet. Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden hatte sich dort ein Zentrum radikaler Islamisten von überregionaler Bedeutung etabliert. Die kriminelle Vereinigung wird verdächtigt, Urkunden-, Vermögens- und Schleusungsdelikte begangen, ihr Gedankengut in volksverhetzender Art und Weise verbreitet sowie Personen für den „Djihad“ angeworben zu haben, um islamistische Gruppierungen wie Ansar al-Islam und al-Tauhid zu unterstützen. Die Polizei stellte u.a. mehrere Computer, Blanks-Dokumente der EU, gefälschte Pässe, Utensilien zum Fälschen von Dokumenten sowie Diebesgut sicher.

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung durchsuchte die Polizei am 2. Februar in sieben Bundesländern 37 Wohn- und Geschäftsräume. Der Schwerpunkt dieser Aktion lag in Bayern. Die Ermittlungen richteten sich gegen 24 Beschuldigte überwiegend arabischer Herkunft, die sich legal in Deutschland aufhalten und einer islamistischen Gruppe zuzurechnen sind. Diese werden verdächtigt, Straftaten zur Finanzierung und Unterstützung islamistischer Netzwerke im Ausland begangen zu haben.

Im Prozess gegen vier mutmaßliche Mitglieder der sunnitisch-extremistischen Terrorgruppe al-Tauhid vor dem Staatsschutzsenat des Düsseldorfer Oberlandesgerichts räumte am 3. Mai ein Zeuge ein, bisher einen falschen Namen und auch eine falsche Staatsangehörigkeit angegeben zu haben. Des Weiteren bekannte er sich zum Märtyrertum, denn jeder Muslim wünsche sich, als Märtyrer den Tod zu finden. Er betonte, dass er Anschläge in Deutschland ablehne, aber Selbstmordanschläge in Palästina befürworte. Kern des Verfahrens, das seit 10. Februar 2004 vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf geführt wird, ist der Vorwurf, dass die Gruppierung Anschläge gegen jüdische Einrichtungen in Deutschland vorbereitet habe. Hierzu bestanden auch Verbindungen zu dem jordanischen al-Qaida-Führer al-Zarqawi. Drei Angeklagten wird Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, versuchte Anstiftung zum Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und bandenmäßige Begehung von Urkundendelikten vorgeworfen. Einem weiteren Angeklagten werden Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und Verstoß gegen das Waffengesetz zur Last gelegt.

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) bestätigte am 9. Mai die Ausweisungsverfügung der Stadt Regensburg gegen einen 35-jährigen Tunesier wegen Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Das Gericht befand, dass dieser zwar kein aktiver Kämpfer oder Aktivist einer terroristischen Organisation sei, doch genüge es, wenn in einer nicht ganz unerheblichen Art und Weise die Ziele solcher Gruppen gefördert würden. Die drohenden Gefahren seien so groß, dass an den Nachweis der Unterstützung nur geringe Anforderungen zu stellen seien. Dem Tunesier konnten bereits Kontakte u.a. zur tunesischen islamistischen Organisation En Nahda und der islamisch-fundamentalistischen Gruppierung al-Tauhid nachgewiesen werden. Seine Kontaktpersonen gehören zum Umfeld von Usama Bin Ladin. Der Tunesier hatte vor Gericht beteuert, bei seinen Kontakten zu Mitgliedern von Terrorgruppen sei es um rein geschäftliche Angelegenheiten gegangen. Nach Ansicht des VGH war er für ganz Europa An-

sprechpartner für Personen aus dem Umfeld des Terrorismus, wenn es darum ging, Dinge zu besorgen und Kontakte herzustellen; dies rechtfertige die Ausweisung. Der VGH folgte damit der Argumentation der Sicherheitsbehörden. Der Rechtsanwalt des Tunesiers kündigte Revision an, über die das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entscheiden wird. Die Stadt Regensburg schränkte den Handlungsspielraum des 35-Jährigen u.a. dahin gehend ein, dass er seinen Wohnsitz in einer niederbayerischen Gemeinschaftsunterkunft zu nehmen habe, und untersagte ihm die Nutzung von Handy, Internet und E-Mail-Verkehr. Einen Antrag des Tunesiers, die gegen ihn verhängte Überwachungsmaßnahme aufzuheben und ihm die Rückkehr nach Regensburg zu gestatten, wies das Verwaltungsgericht Regensburg am 7. Juni in einem Eilverfahren ab. In der Begründung des Verwaltungsgerichts heißt es, der Betroffene habe nicht glaubhaft machen können, dass er seine Aktivitäten zugunsten terroristischer Vereinigungen eingestellt habe. Die Geltungsdauer der Anordnung sei allein vom Antragsteller abhängig. Er habe entweder seiner seit 2003 bestehenden Ausreiseverpflichtung nachzukommen oder nachzuweisen, dass er seine Unterstützungskontakte zu terroristischen Organisationen eingestellt habe. Seit dem 26. Juni ist der Aufenthaltsort des Tunesiers unbekannt. An diesem Tag meldete ein Bezirksklinikum, in dem sich der 35-Jährige zu einer stationären Behandlung befand, dass er sich dort nicht mehr aufhalte.

Das Oberlandesgericht München eröffnete am 31. Mai den derzeit wichtigsten Prozess gegen einen islamistischen Angeklagten in Deutschland. Der irakische Staatsangehörige Lokman Amin Mohammed wird beschuldigt, sich als Mitglied der ausländischen terroristischen Vereinigung Ansar al-Islam vor allem in München in den Bereichen Logistik, Finanzierung und Rekrutierung für die Vereinigung betätigt zu haben. Er soll Spendengelder gesammelt, gewerbsmäßige Einschleusungen von Irakern nach Deutschland ermöglicht und die Einreise von „Djihad-Kämpfern“ in den Irak organisiert haben. Der Iraker bestreitet, Terrorist und Mitglied der Ansar al-Islam zu sein, gab aber die Schleusung von Irakern nach Deutschland zu, womit er Landsleuten helfen wollte, die unter dem Regime von Saddam Hussein gelitten hätten. Nach politischen Auffassungen habe er niemanden gefragt. Vor seiner Ankunft in Deutschland im Jahr 2000 sei er Mitglied kurdischer Organisationen im Irak gewesen, woher noch viele seiner Kontakte stammten, die er auch in Deutschland weiter gepflegt habe. Der Prozess war am Ende des ersten Verhandlungstags am 19. April auf Antrag des Generalbundesanwalts und der Verteidigung zunächst ausgesetzt worden. Von den Verfahrensbeteiligten mussten noch verfahrensrelevante Akten aus einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Stuttgart gesichtet werden, deren Ermittlungen mit den Vorwürfen der Bundesanwaltschaft identisch seien. Die Stuttgarter Akten belegen nach Ansicht der Bundesanwaltschaft eine Fülle von Kontakten des Angeklagten zu anderen der Ansar al-Islam zuzurechnenden Personen, weshalb der Generalbundesanwalt die Ermittlungen der Stuttgarter Staatsanwaltschaft an sich zog. Ein in Italien lebender Hauptbelastungszeuge, der in seinem eigenen Verfahren behauptet hatte, er und Lokman Amin Mohammed seien Mitglieder der Ansar al-Islam gewesen, scheint allerdings abgetaucht zu sein. Als Zeuge ist auch Mullah Krekar, der ehemalige Führer und Gründer der Ansar al-Islam, geladen.

Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe sprach im Prozess um die Unterstützung der Anschläge vom 11. September 2001 den angeklagten Abdelghani Mzoudi am 9. Juni endgültig frei. Dies ist somit das erste rechtskräftige Urteil im Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA. Bereits am 5. Februar 2004 hatte das Oberlandesgericht Hamburg den Marokkaner aus Mangel an Beweisen freigesprochen; der Generalbundesanwalt hatte dessen ungeachtet Revision ein-

gelegt. Mzoudi waren Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung sowie Beihilfe zum Mord in 3.066 Fällen vorgeworfen worden. Die Hamburger Ausländerbehörde setzte ihm nach seinem endgültigen Freispruch eine zweiwöchige Frist zur Ausreise, Mzoudi kehrte freiwillig vor Ablauf der Frist am 21. Juni in sein Heimatland Marokko zurück. Bereits am 9. Mai hatte das Hanseatische Obergericht entschieden, dass Abdelghani Mzoudi nicht weiter in Hamburg studieren darf, und bestätigte damit eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts. Der Aufenthalt von Mzoudi war bis zu diesem Zeitpunkt lediglich geduldet worden, weil er wegen des gegen ihn laufenden Strafverfahrens nicht abgeschoben werden konnte. Das Gericht sah in dem Studierverbot ein geeignetes Mittel, einer unerwünschten Verlängerung seines Aufenthalts in Deutschland entgegenzuwirken. Eine Erlaubnis zur Fortsetzung des Studiums hätte die Durchsetzung seiner Ausreisepflicht nach der Beendigung seines Strafverfahrens erschwert.

Am 14. Juni durchsuchte die Polizei bundesweit 24 Objekte, davon elf in Bayern. Dabei wurden drei - davon zwei in Bayern - irakische Staatsangehörige festgenommen. Die Durchsuchungsaktionen standen im Zusammenhang mit Ermittlungen des Generalbundesanwalts wegen des Verdachts der Mitgliedschaft bzw. der Unterstützung der Ansar al-Islam. Ziel dieser Durchsuchungsaktion war es, weitere Beweise für die Anbindung der Beschuldigten an diese terroristische Gruppierung zu sichern. Verschiedene Ermittlungsverfahren hatten ergeben, dass sich Gruppen von irakischen Staatsangehörigen damit befassen, Landsleute nach Deutschland und in andere europäische Länder ein- sowie in den Irak auszuschleusen.

Am 18. Juli erklärte das Bundesverfassungsgericht das deutsche Gesetz zum Europäischen Haftbefehl für nichtig, so dass der 1990 in Deutschland eingebürgerte Syrer Mamoun Darkazanli noch am selben Tag aus der Auslieferungshaft zu entlassen war. Der seit Oktober 2004 inhaftierte Verdächtige soll laut spanischem Haftbefehl seit 1997 in Spanien, Deutschland und Großbritannien als eine der Schlüsselfiguren der al-Qaida dieses Netzwerk logistisch und finanziell unterstützt haben. Aufgrund einer Verfassungsbeschwerde von Darkazanli hatte das Bundesverfassungsgericht seine Auslieferung nach Spanien im November 2004 jedoch gestoppt.

## 1.2 Islamische Extremisten

### 1.2.1 Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)

#### 1.2.1.1 Verbindungen zu türkischen Parteien

Die islamisch-extremistische IGMG als Sammelbecken von Anhängern der islamistischen türkischen Saadet Partisi (SP) bietet fundamentalistischen Islam-Gläubigen eine politische und religiöse Heimat, ist aber gleichzeitig bemüht, ihre Kontakte zu der türkischen Regierungspartei AKP, der Partei des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan, zu verbessern. Dennoch vermeidet die IGMG trotz der in Teilbereichen erkennbaren Öffnung gegenüber der AKP einen Bruch mit dem Führer der Milli Görüs-Bewegung, Prof. Necmettin Erbakan.

Die Beziehungen der IGMG zur SP werden in der Öffentlichkeit bagatellisiert und nur gelegentlich sichtbar. Wie eng die Beziehungen tatsächlich sind, lässt sich jedoch an Hand von Unterlagen belegen, die im Rahmen einer polizeilichen Durchsuchungsaktion im September 2004 in der IGMG-Gebietszentrale Südbayern festgestellt wurden. Auf einem dort aufgefundenen Plakat aus dem Jahr 2003 wirbt der Gebiets-

vorsitzende der IGMG-Südbayern für sich als SP-Bürgermeisterkandidat in der türkischen Stadt Gürün. In einem Flugblatt behauptet die SP, die einzige Vertreterin von „Milli Görüs“ (Nationale Sicht) zu sein. Ziel sei die Schaffung einer Großtürkei bzw. Gründung einer neuen Welt. Eine aus dem Jahr 2003 stammende, durch die Durchsichtung bekannt gewordene Rede Prof. Erbakans anlässlich des 550. Jahrestags der Eroberung Istanbuls zeigt militante Aspekte. Die türkische Nation beende eine „Periode der Kollaboration“ und habe eine starke Sehnsucht nach Eroberung, das heiÙe, nach Einleitung der Milli Görüs-Periode. Sultan Fatih habe erstmals in der Geschichte Kanonen gegossen; er sei deshalb ein Symbol des Fortschritts. Milli Görüs sei ebenfalls ein Symbol des Fortschritts, sie sei die Sichtweise, die der Türkei im internationalen Wettbewerb den vordersten Platz ermöglichen werde. Sultan Fatih sei - genau wie Milli Görüs - ein Symbol der Willenskraft. Die Eroberung Istanbuls wertete Prof. Erbakan insgesamt als ein großes Ereignis, das für die ruhmreiche türkische Nation, die islamische Welt und die ganze Menschheit ein Lichtstrahl gewesen sei.

#### 1.2.1.2 Dr. Kurtulmus als neuer Mann der Milli Görüs-Bewegung

Als künftiger Nachfolger des geistigen Führers der Milli Görüs-Bewegung, Prof. Necmettin Erbakan, gilt Dr. Numan Kurtulmus. Er ist Vorstandsmitglied der Saadet Partisi (SP) und war bereits Mitglied der seit 2001 in der Türkei verbotenen Fazilet Partisi (FP). Darüber hinaus ist er Parteivorsitzender in der Provinz Istanbul und vertritt die jüngere Generation in der SP.

Die Tageszeitung „Milliyet“ berichtete in ihrer Online-Ausgabe vom 26. Mai unter dem Titel „Erbakans Prinz fühlt der AKP den Puls“ über geheime Kontakte zwischen Kurtulmus und einem aus der Milli Görüs-Bewegung stammenden AKP-Abgeordneten. Demnach fänden die Diskussionen um die Zukunft der SP in der Zeit nach Erbakan auch in der AKP ihren Niederschlag. Dr. Kurtulmus, der als Favorit für den Posten des SP-Parteivorsitzenden gelte, halte sich häufig in Ankara auf, um Kontakte zu AKP-Mitgliedern mit Milli Görüs-Vergangenheit zu suchen. Dabei gehe es darum, die Entwicklung der AKP und die Zukunft der SP einschließlich der Milli Görüs-Politik zu erörtern. Er soll die Gesprächspartner zur Geheimhaltung der diesbezüglichen Gespräche unter Eid verpflichtet haben.

#### 1.2.1.3 Türkischsprachige Tageszeitung „Milli Gazete“

Die türkischsprachige Tageszeitung „Milli Gazete“ wies in ihrer Ausgabe vom 1. März darauf hin, dass sie ab sofort in veränderter Aufmachung erscheine. Der Schriftzug „Milli Gazete“ wurde geändert und das Layout wirkt moderner. Gleichzeitig erneuerte die „Milli Gazete“ ihr Bekenntnis zur Milli Görüs-Bewegung und erklärte, dass sie für die „Gerechte Wirtschaftsordnung“ eintrete. Die Befreiung der gesamten Menschheit hänge u.a. von der Wiedererrichtung einer „Groß-Türkei“ und einer „neuen Welt“ unter Führung der Milli Görüs ab.

Die IGMG bestreitet nach wie vor die Funktion der „Milli Gazete“ als ihr publizistisches Sprachrohr, insbesondere in verwaltungsgerichtlichen Verfahren. Sie ist bemüht, in der Öffentlichkeit nicht in Verbindung mit der „Milli Gazete“ gebracht zu werden. So war die „Milli Gazete“ beim „Familientag“ der IGMG im Mai im Gegensatz zu vergangenen Jahren nicht mehr mit einem eigenen Informationsstand vertreten. Außerhalb Deutschlands gilt diese Zurückhaltung allerdings nicht. Am 19. Mai erschien in der „Milli Gazete“ eine Einladung der IGMG-Frankreich zum Tag des Friedens und der Brüderlichkeit am

22. Mai in Bourgoin, in der die Zeitung gemeinsam mit der IGMG und dem stellvertretenden SP-Vorsitzenden Dr. Gündogan für die Veranstaltung warb.

Die Nähe der IGMG zur „Milli Gazete“ zeigt sich auch am Gesamtbild der Berichterstattung. So informierte die „Milli Gazete“ in ihrer Ausgabe vom 17. Februar über eine von der Zweigstelle der IGMG im niedersächsischen Neustadt veranstaltete Feier anlässlich des Opferfests. In dem Artikel heißt es:

*„Der Zweigstellenleiter Süleyman Dalkiran hielt eine Ansprache, in der er für ein Abonnement der Milli Gazete warb. Er sagte u.a.: ‚Die Milli Gazete ist unsere Lebensader. Für sie einzutreten, sie zu lesen und andere zu motivieren, sollte unsere vorrangige Aufgabe sein.‘“*

#### 1.2.1.4 Großveranstaltung am 14./15. Mai in Kerpen

Am 14. und 15. Mai veranstaltete die IGMG auf dem Gelände der Europazentrale in Kerpen/Nordrhein-Westfalen ihren diesjährigen „Familienstag“, zu dem mehr als 15.000 Besucher erschienen. Das Programm wurde von türkischer Folklore und osmanischer Musik umrahmt. Im Mittelpunkt standen Vorträge über die Rolle des Islam in Europa, die Familie und soziale Themen. Der Generalsekretär der IGMG Oguz Ücücü referierte über die Geschichte und Zukunft der IGMG. Er sprach sich für den verstärkten Bau von Moscheen aus und unterstrich die Bedeutung der IGMG für die Bewahrung und Pflege der Religion. Der IGMG-Vorsitzende Yavuz Celik Karahan betonte die Bedeutung des Korans sowie der Prophetenüberlieferung und distanzierte sich vom islamistischen Terrorismus. Dr. Numan Kurtulmus kritisierte den Kurs des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, da dessen Politik ausschließlich an den USA orientiert sei und er Kontakte zu Israel unterhalte. An Informationsständen wurden Flugblätter, Broschüren und Bücher der IGMG und ihrer Nebenorganisationen angeboten.

#### 1.2.1.5 Durchsuchungsaktionen bei der IGMG-Zentrale Südbayern

Durchsuchungsmaßnahmen der Polizei am 30. September 2004 und 14. April 2005, bei denen jeweils die Gebietszentrale Südbayern betroffen war, haben die IGMG stark verunsichert.

Vorangegangen waren Ermittlungen wegen Volksverhetzung gegen einen noch unbekanntes Imam, der im Februar 2004 in der IGMG-Moschee zur Tötung von Juden und Christen aufgerufen haben soll. Die Durchsuchung hat u.a. ergeben, dass in der IGMG-Gebietszentrale Südbayern eine Vielzahl von Büchern zur Ansicht ausgestellt bzw. zum Verkauf vorrätig gehalten wurde. Die Bücher geben einen Einblick in das Freund-Feind-Verständnis der Milli Görüs-Bewegung. Die Feindbilder der IGMG-Ideologie umfassen ein weites Spektrum. So werden Ungläubige, Kapitalisten, Kommunisten, Nationalisten, Juden, Freimaurer, die Vereinigten Staaten und die Christen als Feinde des Islam dargestellt, ebenso wie der kemalistische Staat und Muslime, die nicht im Sinn der Milli Görüs-Doktrin handeln; sie werden als Feinde der Wahrheit angesehen.

Neben einem umfangreichen Buchsortiment wurden bei der IGMG-Südbayern auch Videokassetten zur Verbreitung vorrätig gehalten. Beispielhaft ist hier der auf Kinder zugeschnittene Zeichentrickfilm „Kücük Mücahid“ (Der kleine Glaubenskämpfer) zu nennen, der Kindern den (bewaffneten) Guerilla-Kampf gegen „Besitzer“ vermittelt; derselbe Zeichentrickfilm wurde bereits innerhalb des zwischenzeitlich verbotenen

„Kalifatsstaats“ verbreitet. Bemerkenswert ist, dass die IGMG-Zentrale Südbayern auch ein Propagandavideo der palästinensischen Widerstandsbewegung HAMAS vorrätig gehalten hat. Mit diesem Video wird ein antiisraelisches Feindbild erzeugt.

Am 14. April 2005 erfolgte eine erneute Durchsuchung. Anlass hierfür waren zwei unabhängig voneinander geführte Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft München I gegen zwei Personen wegen des Verdachts der Geldwäsche und der Steuerhinterziehung. Über die beiden Münchner Firmen der Verdächtigen sollen Gelder zur Unterstützung islamistischer Organisationen ins Ausland transferiert worden sein (vgl. auch Nummer 1.2.3.2). Die beiden Verdächtigen unterhielten geschäftliche Kontakte zur IGMG-Gebietszentrale Südbayern; die IGMG selbst ist in diesem Verfahren nicht beschuldigt.

### 1.2.2 Hilafet Devleti (Der Kalifatsstaat)

Die Bedeutung des im Jahr 2001 verbotenen „Kalifatsstaats“ hat nach den durchgeführten Exekutivmaßnahmen weiter abgenommen. Insbesondere die Abschiebung des früheren „Kalifen“ Metin Kaplan in die Türkei hat zu einer Verunsicherung der Anhängerschaft geführt. Gleichwohl versuchen einige Anhänger des „Kalifatsstaats“, organisatorische Zusammenhänge aufrecht zu erhalten und die Lehren des „Kalifen“ weiterhin zu verbreiten. So belegen die Ergebnisse der nach dem Verbot im Jahr 2001 mehrfach durchgeführten Durchsuchungsmaßnahmen, dass der „Kalifatsstaat“ in Belgien und den Niederlanden, wo der Verband noch nicht verboten ist, ein Vertriebsnetz von Propagandamaterial und Lebensmitteln aufgebaut hat. In Belgien etablierte sich beispielsweise unter der Leitung des Schwiegersohns von Metin Kaplan der Lebensmittelgroßhandel HELAL IKRAM, der in Bayern die ehemaligen Ortsverbände des „Kalifatsstaats“ in Augsburg, Nürnberg und Ingolstadt belieferte. Die Ermittlungsbehörden gehen davon aus, dass der hierbei erwirtschaftete Gewinn unmittelbar der Familiendynastie Kaplans zugute kam und somit zum Fortbestand des „Kalifatsstaats“ beitrug.

Die Staatsanwaltschaft München I erhob am 5. April gegen fünf maßgebliche Funktionäre des „Kalifatsstaats“ in Bayern Anklage. Unter den Angeklagten befindet sich auch der Schwiegersohn des früheren „Kalifen“ Metin Kaplan. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, sie hätten bis zur bundesweiten Durchsuchungsaktion im August 2004 den verbotenen Moscheeverein „Mevlana“ in Augsburg reaktiviert und durch den Bezug von Waren der Firma HELAL IKRAM eine verbotene Vereinigung finanziell unterstützt.

Der gegen Kaplan am 20. Dezember 2004 in der Türkei eröffnete Prozess endete am 20. Juni mit einer Verurteilung zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass Kaplan im Jahre 1998 einen Terroranschlag auf das Atatürk-Mausoleum in Ankara befohlen hatte. Dort sollte die zum Nationalfeiertag versammelte türkische Staatsspitze mit einem mit Sprengstoff beladenen Kleinflugzeug angegriffen und getötet werden. Kaplan erklärte, er weigere sich, die „weltlichen“ Richter anzuerkennen:

*„Wir wollen ein System in der Türkei, in dem der Koran die Verfassung, die Scharia die Rechtsprechung und der Islam der Staat ist!“*

### 1.2.3 Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)

#### 1.2.3.1 Vereinsstruktur

Der IGD mit Sitz in München, die als deutsche Zentrale des ägyptischen Zweigs der Muslimbruderschaft (MB) gilt, sind wie bisher mehrere Islamische Zentren nach-

geordnet. Die angestrebte Verselbständigung Islamischer Zentren wurde inzwischen teilweise umgesetzt. So benannte sich der ehemalige Förderverein des Islamischen Zentrums Nürnberg e.V. mit Beschluss vom 11. März in Islamische Gemeinde Nürnberg e.V. (IGN) um. Sie vertritt seither das Islamische Zentrum Nürnberg nach außen. Der Ausschluss aus dem Verein ist u.a. bei einem groben Verstoß gegen die islamische Lehre möglich. Im Fall der Auflösung des Vereins ist der islamische Spendensammelverein Islamic Relief als Begünstigter vorgesehen. Als Ziele nennt die Satzung u.a. die Information über die islamische Religion sowie die Förderung der deutschen Sprache und Kultur bei ausländischen Mitbürgern. Die Integration in die deutsche Gesellschaft soll gefördert werden. Darüber hinaus soll die Möglichkeit geprüft werden, an deutschen Schulen islamischen Religionsunterricht einzurichten. Dabei wird die gemeinnützige Trägerschaft von Schulen, Kindergärten, Jugendzentren sowie Aus- und Weiterbildungseinrichtungen angestrebt. In der Präambel des Statuts heißt es:

*„Die Mitglieder der Islamischen Gemeinde Nürnberg bekennen sich zum Grundgesetz.“*

Offen bleibt, ob mit diesen vereinsrechtlichen Umstrukturierungsmaßnahmen auch ein ideologischer Richtungswechsel verbunden ist. Die Wahl der überwiegend aus deutschen Staatsangehörigen zusammengesetzten neuen Vorstandschaft lässt vermuten, dass es sich hierbei lediglich um eine taktische Maßnahme handelt, um nicht weiterhin als Ausländerverein zu gelten.

Auch in München ist die Eintragung eines eigenständigen Trägervereins des Islamischen Zentrums geplant. Es ist davon auszugehen, dass die IGD bei fortschreitender Verselbständigung der Islamischen Zentren künftig lediglich als Dachverband fungiert.

#### 1.2.3.2 Durchsuchungsaktion am 14. April

Die Polizei durchsuchte am 14. April in mehreren Bundesländern und in Belgien insgesamt 29 Objekte. Die Schwerpunkte der Exekutivaktionen lagen in Bayern und Berlin. Neben Privatwohnungen und Firmenräumen waren in Bayern auch drei Moscheen von extremistischen Organisationen betroffen, u.a. die Räumlichkeiten des Islamischen Zentrums München (IZM).

Anlass der Exekutivmaßnahmen waren zwei unabhängig voneinander geführte Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft München I gegen zwei Personen wegen des Verdachts der Geldwäsche und der Steuerhinterziehung. Die beiden Beschuldigten, ein tunesischer und ein ägyptischer Staatsangehöriger aus München, unterhielten Kontakte zum islamisch-terroristischen Spektrum. Ein Verdächtiger betrieb eine Textilhandelsfirma, der andere eine Tonträger-Firma, durch die auch CDs und Videos mit Ansprachen bekannter Hassprediger verbreitet wurden. Über die Firmen sollen Gelder zur Unterstützung islamistischer Organisationen ins Ausland transferiert worden sein. Die beiden Verdächtigen unterhielten geschäftliche Kontakte zum IZM; das IZM selbst ist in diesem Verfahren nicht beschuldigt.

#### 1.2.3.3 Schura-Ratswahl des Islamischen Zentrums München (IZM)

Am 4. Juni fand die Vollversammlung des IZM mit Wahl des Schura-Rats statt. Der Schura-Rat hat maßgebliche Entscheidungskompetenz innerhalb des IZM und legt Richtlinien über die Belange des Zentrums fest. Bei der Wahl zeigte sich, dass innerhalb des IZM trotz einer supranationalen Ideologie landsmannschaftliche Animositäten



herrschen. So stellten die konkurrierenden Gruppen der Tunesier und Ägypter jeweils eigene Listen auf. Neben der so genannten ägyptischen Liste, auf der elf Personen vermerkt waren, und der so genannten tunesischen Liste mit 14 Bewerbern kandidierten sieben Einzelbewerber. Mehrere Kandidaten, wie Ahmed al-Khalifa und Ahmed von Denffer, waren sowohl auf der ägyptischen als auch auf der tunesischen Liste aufgeführt. Al-Khalifa und von Denffer betonten bei ihrer Vorstellung ihre langjährige Arbeit für die Moschee. Nahezu alle Kandidaten der ägyptischen Liste wurden gewählt. Alle deutschen Konvertiten, die zur Wahl antraten, zogen mit einem überraschend klaren Votum in den Schura-Rat ein.

#### 1.2.4 Tablighi Jamaat (TJ)

Die Gemeinschaft der TJ vertritt eine extreme Form des strenggläubigen Islam indischer Prägung. Ihr Ziel ist die Islamisierung der Gesellschaft, um dadurch die Etablierung eines islamischen Staates zu erreichen. Obwohl die Bewegung selbst Gewalt ablehnt, besteht durch die gemeinsame ideologische Basis mit militanten Gruppierungen die Gefahr, dass die weltweiten Strukturen der Bewegung von terroristischen Netzwerken genutzt werden. In der Vergangenheit wurden Personen bekannt, die sich unter dem Einfluss der TJ radikalisiert und in der Folge militanten Gruppierungen angeschlossen haben.

Vom 15. bis 17. April veranstaltete die TJ in Hamburg das jährliche Deutschlandtreffen, an dem sich etwa 1.000 Anhänger - zumeist aus Deutschland - beteiligten. Vier Emire der TJ leiteten abwechselnd die Veranstaltung, bei der u.a. ein hochrangiger Funktionär aus Indien als Redner auftrat. Die TJ wollte mit dieser Veranstaltung die Ziele für die weitere Missionsarbeit vorgeben. Ein Redner erklärte, dass „kein Mensch, kein Haus und keine Moschee unerleuchtet bleiben“ dürfe und dies Vorrang vor der Familie und anderen Verpflichtungen habe. Andere Redner forderten die Anhängerschaft mehrmals auf, bestimmte Verhaltensweisen einzuhalten, um von Allah belohnt zu werden. Dafür sei auch die Vernachlässigung des sozialen Umfelds hinzunehmen. Grundsätzlich sei es notwendig, sich zwischen einem nach weltlichen Belangen ausgerichteten Leben und einem Leben für Allah zu entscheiden. Nicht die persönlichen Belange zählten, sondern allein die Wünsche Allahs. Orientierung böten allein der Koran, die Sunna und die Hadithe, die unveränderlich seien:

*„Allah ist unser Besitzer, wir sind seine Diener und wir werden das tun, was er von uns verlangt. (...) Das menschliche Gehirn ist beschränkt. Darum halten wir ein, was Allah im Koran gesandt hat. Man kann nicht alles verstehen, deswegen nehmen wir es so, wie es im Koran geschrieben steht.“*

Die Anhänger wurden in dogmatischer Art und Weise darauf eingeschworen, Menschen zum Islam zu bekehren, um dessen Einfluss zu vergrößern. Die Missionierung von Andersgläubigen verfolge den Zweck, diese Menschen vor dem Höllenfeuer zu retten:

*„Wir bereiten sie (die Menschheit) auf ein islamisches Leben vor, indem wir die Umgebung dafür schaffen. Dann sendet Allah die Hidaia (Rechtleitung) der ganzen Menschheit.“*

Der indisch-pakistanische Schura-Rat, der das weltweite Kontroll- und Führungsorgan der TJ darstellt, zeigt sich in letzter Zeit zunehmend unzufrieden mit den Ergebnissen der Missionsarbeit in Deutschland. Die deutsche Sektion steht unter Erfolgsdruck, was auch zu Konflikten innerhalb verschiedener TJ-Gruppen in Deutsch-

land führt. Strittig ist die effektivste Vorgehensweise. Die Durchführung von ausländerrechtlichen Sicherheitsgesprächen und Anhörungen in Einbürgerungsverfahren sowie die Medienberichterstattung über die TJ tragen zusätzlich zur Verunsicherung innerhalb der TJ-Strukturen bei.

### 1.3 Verbot der türkischsprachigen Tageszeitung „Anadoluda Vakit“

Das Bundesinnenministerium hat mit Verfügung vom 22. Februar ein vereinsrechtliches Verbot der Verlagsgesellschaft Yeni Akit GmbH mit Sitz in Hessen erlassen. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel und Vertrieb von türkischen Zeitungen und Illustrierten in Deutschland. Seit Ende 2001 gab die Yeni Akit GmbH als einzige Publikation die türkischsprachige islamistische Tageszeitung „Anadoluda Vakit“ (Stimme Anatoliens) heraus. Bei der Zeitung handelte es sich um die Europa-Ausgabe der gleichnamigen in der Türkei hergestellten Zeitung. Die „Anadoluda Vakit“ ist in der Vergangenheit u.a. durch Antisemitismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus und durch antiamerikanische Inhalte bekannt geworden.

Das Verbot stellt fest, dass Zweck und Tätigkeit der Yeni Akit GmbH durch Herausgabe der Zeitung „Anadoluda Vakit“ den Strafgesetzen zuwiderliefen und gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet seien. In der Verbotsbegründung heißt es, die Geschäftsleitung des Verlags und ihre Mitarbeiter verbreiteten in der „Anadoluda Vakit“ volksverhetzende Inhalte. Diese hätten sich vor allem gegen den Staat Israel, gegen Juden und gegen die westliche Gesellschaftsordnung gerichtet. So hatte ein Kolumnist in der „Anadoluda Vakit“ vom 5. November 2004 die „Feinde des Islam“ bedroht und damit den gewaltsamen Tod des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh durch einen Marokkaner gerechtfertigt:

*„Nicht alle Tötungsdelikte sind auch Morde, wenn die Tötung für etwas geschah, für das man selber bereit ist zu sterben. Angreifer, Besatzer und Provokateure sollten in den Filmen, die sie drehen, in Büchern, die sie schreiben und in Kolumnen, die sie verfassen, darauf achten, dass die Geduld der Menschen ... eine feine Grenze hat. Sie sollten darauf achten, dass die Geduld der Menschen nicht platzt. Und wenn sie das trotzdem tut, dann sollten sie Folgendes sehen: Es gibt etwas wie legale Selbstverteidigung! Es gibt keine Regel, die sagt: ‚Ich schlage darauf los und die anderen müssen stillhalten.‘“*

Eine Verbreitung der „Anadoluda Vakit“ in Bayern konnte nur in Einzelfällen festgestellt werden.

### 1.4 Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL), ehemals Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) bzw. Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Der KONGRA GEL, die mehrfach umbenannte, in Deutschland verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), ist nach wie vor in der Lage, mehrere zehntausend Anhänger für bundes- bzw. europaweite Großveranstaltungen zu mobilisieren. So veranstalteten seine Anhänger am 12. Februar in Straßburg/Frankreich eine friedliche Großdemonstration. Ähnlich wie im letzten Jahr stand die Veranstaltung anlässlich des sechsten Jahrestags der Festnahme des ehemaligen PKK-Generalvorsitzenden

Abdullah Öcalan unter dem Motto „Freiheit für Öcalan - eine demokratische Lösung der Kurdenfrage“. Zu der Großdemonstration, die vom Dachverband der Kurdenvereine in Frankreich „FEYKA-Kurdistan“ organisiert wurde, reisten etwa 9.500 Personen aus mehreren europäischen Ländern, überwiegend jedoch aus Deutschland, an. Aus Bayern beteiligten sich etwa 100 KONGRA GEL-Anhänger, größtenteils aus den Ballungsräumen München und Nürnberg; im Jahr 2004 waren es noch 300. Viele Veranstaltungsteilnehmer bekundeten mit Bildern und Fahnen ihre Solidarität mit Öcalan und dem KONGRA GEL. Die Kleine Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg hatte mit Urteil vom 12. März 2003 in einigen Punkten Verletzungen der Europäischen Menschenrechtskonvention beim Prozess gegen Abdullah Öcalan im Jahr 1999 in der Türkei festgestellt. Gegen diese Entscheidung hatten sowohl die Anwälte von Öcalan als auch die türkische Regierung die Verweisung an die Große Kammer beantragt. Die Anwälte von Öcalan wollten vor allem eine Stellungnahme des Gerichts zu den Umständen der Verhaftung ihres Mandanten sowie zu dessen Haftbedingungen erreichen. Die Große Kammer rügte mit Urteil vom 12. Mai den seinerzeitigen Prozessverlauf in der Türkei zwar als unfair, erkannte aber in Öcalans Festnahme im Februar 1999 in Kenia, seiner anschließenden Inhaftierung und seinen Haftbedingungen keine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention und bestätigte damit die Entscheidung aus dem Jahr 2003.

#### 1.4.1 Anschläge in der Westtürkei

Am 10. Juli explodierte im westtürkischen Ort Cesme ein in einer Mülltonne versteckter Sprengsatz. Es wurden 20 Menschen verletzt, darunter auch Touristen. Nach bisherigen Erkenntnissen übernahm eine Gruppierung „Freiheitsfalken Kurdistans“ (TAK), die dem KONGRA GEL nahe stehen soll, die Verantwortung für den Anschlag. In Kusadasi wurde am 16. Juli ein Kleinbus in die Luft gesprengt, wobei fünf Menschen getötet und 14 verletzt wurden, darunter wiederum Touristen. Anfängliche Vermutungen, es habe sich um einen Selbstmordanschlag gehandelt, haben sich bisher nicht bestätigt. Ein ranghoher Vertreter des KONGRA GEL distanzierte sich angeblich von den Anschlägen. Der KONGRA GEL will auch keine Verbindung zu den TAK haben.

#### 1.4.2 Gründung einer „neuen PKK“ innerhalb des KONGRA GEL

Am 8. Februar stellte das „Vorbereitungskomitee für den Wiederaufbau der PKK“ in der KONGRA GEL-nahen türkischsprachigen Tageszeitung „Özgür Politika“ und im Internet Entwürfe für eine Satzung und ein Programm der „neuen PKK“ vor, wonach die neue Organisation die Bezeichnung „Arbeiterpartei Kurdistans“ (**Partiya Karkeren Kurdistan**) tragen soll. An Intellektuelle, Künstler und das gesamte kurdische Volk erging der Aufruf, sich bis März mit Vorschlägen an der Neustrukturierung der PKK zu beteiligen; darin erklärte die „neue PKK“ auch ihre Absicht, sich für eine „demokratische“ Lösung der Kurdenfrage einzusetzen. In ihrer Ausgabe vom 5. April berichtete die „Özgür Politika“, dass Ende März/Anfang April in den Bergen Kurdistans ein Kongress zum Wiederaufbau der „Arbeiterpartei Kurdistans“ stattgefunden habe und die Gründung der „neuen PKK“ verkündet worden sei. Einer Erklärung der „neuen PKK“ zur Gründung zufolge sei diese als offizielle zweite Geburt der Organisation zu verstehen. Sie solle die „freiheitliche und demokratische Ideologie“ aller Völker sein und eine Schlüsselrolle in der „Demokratisierung“ des Nahen Ostens spielen. In der „Özgür Politika“ vom 9. April erklärte der Vorsitzende des Vorbereitungskomitees Murat Karayilan, der auch als Generalsprecher der neuen Organisation gilt, dass die „neue PKK“ nicht an die Stelle des KONGRA GEL trete, sondern sich innerhalb des KONGRA GEL etablieren werde. In Bayern sind bislang keine Aktivitäten der „neuen PKK“ bekannt geworden.

### 1.4.3 Newroz-Feierlichkeiten

Anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes Newroz führten Anhänger des KONGRA GEL in der Türkei und vielen europäischen Ländern, so auch in zahlreichen deutschen Städten, friedliche Veranstaltungen durch. Das Newroz-Fest ist aus Sicht der Anhänger des KONGRA GEL ein Tag der Freiheit und des Widerstands und deshalb untrennbar mit der Geschichte des kurdischen Kampfs gegen Fremdherrschaft verbunden. Anders als in den letzten Jahren gab es in diesem Jahr keine zentrale europaweite Großdemonstration. Höhepunkt der Newroz-Feiern in Deutschland waren drei überregionale Hallenveranstaltungen in den drei Sektoren des KONGRA GEL. An der von der KONGRA GEL-nahen „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“ (YEK-KOM) in Essen veranstalteten Feier für den Sektor „Mitte“ nahmen 4.500 Personen teil, darunter auch der Vorsitzende des KONGRA GEL, Zübeyir Aydar. In seiner kurzen Begrüßungsrede forderte er die Europäische Union, insbesondere auch Deutschland auf, die Aufnahme des KONGRA GEL in die Liste terroristischer Organisationen rückgängig zu machen. Am 26. März richtete die Vereinigung „Freunde des kurdischen Volks“ eine Newroz-Feier für die Region „Nord“ in Hamburg aus. Im Verlauf der Veranstaltung, an der 6.000 Personen teilnahmen, wurden Bilder von Abdullah Öcalan, Fahnen des KONGRA GEL und der „Freiheitspartei der Frauen Kurdistans“ (PAJK) gezeigt sowie Parolen für Öcalan skandiert. Das „Mesopotamische Kulturzentrum Frankfurt am Main e.V.“ organisierte für den 2. April eine Großveranstaltung für die Region „Süd“ in Frankfurt am Main, an der etwa 5.000 bis 6.000 Besucher teilnahmen.

Schwerpunkte der Newroz-Veranstaltungen in Bayern waren wie in den Vorjahren die Städte Nürnberg und München. In Nürnberg versammelten sich am 20. März rund 200 KONGRA GEL-Anhänger zu einem Aufzug mit Auftakt- und Schlusskundgebung des „Mesopotamischen Kulturzentrums Nürnberg e.V.“. Die Teilnehmer führten u.a. Abbildungen von Abdullah Öcalan, Fackeln sowie themenbezogene Transparente mit. Bei der Abschlusskundgebung wurde ein Newroz-Feuer entzündet und kurdische Folkloremusik dargeboten. In München fand ebenfalls am 20. März eine von einem Linksextremisten angemeldete gleichartige Veranstaltung statt.

### 1.4.4 Exekutivmaßnahmen und Urteile

Am 22. Januar nahm die Polizei aufgrund eines Festnahme- und Auslieferungsersuchens der Türkei den stellvertretenden Vorsitzenden des KONGRA GEL, Remzi Kartal, in einem Zug in der Nähe des Würzburger Hauptbahnhofs fest. Dies rief bei den KONGRA GEL-Anhängern europaweite Protestaktionen hervor, auch in der Türkei und in Deutschland. So verurteilten u.a. der „Kurdische Nationalkongress“ (KNK) und die „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“ (YEK-KOM) die Haltung Deutschlands und stellten die Inhaftierung als Kriminalisierung im Exil lebender kurdischer Politiker dar. In einem Interview äußerte der KONGRA GEL-Vorsitzende Zübeyir Aydar, dass die Türkei versuche, kurdische Politiker in Europa ungerechten Anschuldigungen auszusetzen. Anlässlich einer Demonstration mit 200 Teilnehmern am 28. Januar vor dem nordrhein-westfälischen Landtag warf laut „Özgür Politika“ auch der YEK-KOM-Vorsitzende Mehmet Demir dem deutschen Staat Unterstützung der Türkei bei der Verletzung der grundsätzlichen Menschenrechte vor. Er habe zudem erklärt, dass man als in Deutschland lebender Kurde in Zukunft auf jeden Angriff eine klare und deutliche Antwort geben werde. Auch in München kam es zu friedlichen Protestaktionen mittels Info-Ständen. Am 1. März hob das Oberlandesgericht Bamberg den Haftbefehl gegen Kartal auf und verfügte dessen Freilassung.

Das Oberlandesgericht Koblenz verurteilte am 16. Juni einen 28-jährigen türkischen Staatsbürger wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu zwei Jahren Haft auf Bewährung. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Beschuldigte unter einem Decknamen seit September 2003 als Gebietsleiter für den KADEK und später für den KONGRA GEL tätig war. Außerdem konnte ihm die Beschaffung von gefälschten Ausweispapieren und deren Weiterleitung an Gesinnungsgenossen nachgewiesen werden. Der 28-Jährige wurde nicht auf freien Fuß gesetzt, da ein Auslieferungsersuchen der Türkei vorlag.

## 2. RECHTSEXTREMISMUS

Schwerpunkte rechtsextremistischer Agitation waren im ersten Halbjahr 2005 Propagandaaktionen zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs und Kundgebungen zum Gedenken an die Opfer alliierter Luftangriffe auf deutsche Städte. Dabei versuchten Rechtsextremisten, die NS-Verbrechen zu relativieren und die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus als nationale Katastrophe darzustellen.

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) mit ihren über 5.000 Mitgliedern steht für den Versuch zur Einigung des rechtsextremistischen Lagers. Durch ihren Einzug in den Sächsischen Landtag am 19. September 2004 gewann sie vorübergehend an Attraktivität für die rechtsextremistische Szene. Allerdings scheiterte ihre Strategie, in Schleswig-Holstein an den bei der sächsischen Landtagswahl erzielten Erfolg anzuknüpfen. Nach dieser Niederlage zeigten sich erste Differenzen innerhalb der von der Partei propagierten „Volksfront von rechts“. Auch das dürftige Ergebnis der NPD bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen macht deutlich, dass die Chancen rechtsextremistischer Parteien von besonderen Konstellationen und Stimmungslagen abhängen, aber nicht beständig sind. Mit ursächlich für diese Misserfolge war die geringe Kampagnenfähigkeit der NPD in diesen Bundesländern sowohl in personeller als auch in organisatorischer Hinsicht. Hinzu kam ein von der Partei im Sächsischen Landtag inszenierter Eklat, der potenzielle Wähler eher abschreckte. Zudem machte sich die NPD in der Öffentlichkeit unglaublich, als sie Maßnahmen gegen „Lohndrücker“ forderte und bekannt wurde, dass ihr Parteiorgan in einem osteuropäischen Billiglohnland gedruckt wird. Angesichts des Antritts einer neuen Linkspartei - einem Wahlbündnis aus „Die Linkspartei.PDS“ und der Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative“ (WASG) - fürchtet die NPD bei der geplanten Bundestagswahl um ihr Wählerpotenzial. Die NPD führte ihre Bemühungen, in ihre Bündnispolitik neben anderen rechtsextremistischen Parteien auch Neonazis einzubeziehen, in Bayern auf regionaler Ebene fort.

Die Deutsche Volksunion (DVU) ist die mitgliederstärkste Partei des rechtsextremistischen Spektrums, allerdings mit abnehmender Tendenz, da sie den durch Überalterung bedingten Mitgliederschwund nicht aufhalten kann. Das wenig ausgeprägte Parteileben ist nicht demokratisch organisiert und vom bedingungslosen Machtanspruch des Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey dominiert. Ein Mitte Januar mit der NPD geschlossener „Deutschland-Pakt“, der die Kooperation beider Parteien bei künftigen Wahlen förmlich bekräftigt, soll dem „Einzug der Patrioten in den Bundestag“ den Weg ebnen. Obwohl die Vorsitzenden von NPD und DVU ständig betonen, dass sich beide Parteien in den Grundzielen einig seien, bestehen in den bündnispolitischen Positionen nach wie vor Differenzen, insbesondere in der Frage einer Zusammenarbeit mit Neonazis.

Die Situation der Partei „Die Republikaner“ (REP) ist seit Jahren durch interne Auseinandersetzungen über den von der Parteiführung offiziell vertretenen Abgrenzungskurs gegenüber anderen Organisationen des rechtsextremistischen Spektrums gekennzeichnet. Mehrere Funktionäre der REP traten deswegen zur NPD über und unterstützen die Bündnispolitik von NPD und DVU. Davon abgesehen führten auch anhaltende Wahlniederlagen zu kontinuierlichen Mitgliederverlusten. Ob diese Entwicklung angesichts des Erfolgs der „Volksfront-Politik“ der NPD zu einer politischen Neuausrichtung der REP führen wird, ist derzeit nicht absehbar.

Das Potenzial der rechtsextremistischen Skinheads ist in Bayern mit annähernd 800 Personen unverändert geblieben. Zusammen mit etwa 300 aktiven Neonazis resultiert

daraus ein gewaltbereites rechtsextremistisches Spektrum mit rund 1.100 Anhängern. Schwerpunkte der Skinhead-Szene sind nach wie vor die Großräume München und Nürnberg. Die Zahl der Skinhead-Konzerte ist in Bayern im ersten Halbjahr 2005 auf zehn (Vergleichszeitraum 2004: sechs) gestiegen. Sie wurden vom Veranstalter oft als Black Metal-Konzerte oder Geburtstagsfeiern ausgegeben, um ein behördliches Einschreiten zu erschweren.

Im ersten Halbjahr 2005 wurden bisher insgesamt 25 Gewaltdelikte mit rechtsextremistischer Motivation verübt (Vergleichszeitraum 2004: 27). Über die Hälfte dieser Straftaten war Skinheads zuzurechnen; gleiches gilt für die bisher ermittelten 60 Tatverdächtigen.

## 2.1 **Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)**

### 2.1.1 Teilnahme an Wahlen

#### 2.1.1.1 Landtagswahl in Schleswig-Holstein

Nachdem es der NPD gelungen war, im September 2004 in den Sächsischen Landtag einzuziehen, kam aus ihrer Sicht der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 20. Februar besondere Bedeutung auf dem angestrebten Weg in den Deutschen Bundestag zu. Die vom Bundesvorsitzenden Udo Voigt ausgegebene Parole „Der Marsch auf Berlin führt über Kiel“ verdeutlichte die Erwartungshaltung der NPD, die bei dieser Wahl wie schon vier Jahre zuvor wiederum als einzige Partei des rechtsextremistischen Spektrums antrat.

Nach dem amtlichen Endergebnis erreichte die NPD mit 27.676 Zweitstimmen einen Stimmenanteil von 1,9 %. Damit konnte die Partei ihr Ergebnis im Vergleich zur Landtagswahl im Jahr 2000 zwar um 0,9 % verbessern; dennoch blieb sie weit von ihrem erklärten Ziel - dem Einzug in das Landesparlament - entfernt. Offensichtlich ist es ihr nicht gelungen, das Protestwählerpotenzial im gleichen Maße wie bei den Landtagswahlen im September 2004 in Sachsen zu mobilisieren. Hinzu kam die strukturelle Schwäche des NPD-Landesverbands Schleswig-Holstein. Auch dürfte der von der NPD im Sächsischen Landtag inszenierte Eklat potenzielle Wähler abgeschreckt haben.

Das Ergebnis in Schleswig-Holstein bedeutete eine empfindliche Niederlage für die Partei und einen herben Rückschlag für die „Volksfront von rechts“. Nach der Landtagswahl in Sachsen waren der NPD fast ohne eigenes Zutun Bündnispartner zugelaufen, die sich einer Führungsrolle der NPD unterzuordnen schienen. Aktuelle kritische Stimmen - insbesondere aus dem Kreis der Bündnispartner - machen jedoch deutlich, dass diese Unterordnung nur solange anhält, als Hoffnung auf Erfolge und Posten besteht.

Die NPD selbst zeigte sich enttäuscht über den Wahlausgang. Voigt begründete in einer im Internet veröffentlichten Stellungnahme vom 22. Februar die Wahlniederlage zum einen damit, dass die Wähler im „Westen“ noch nicht reif seien für einen „wirklich politischen Wandel“; zum anderen sei die Berichterstattung der Medien über die Partei in den letzten Wochen kontraproduktiv gewesen. Die Einigkeit der nationalen Opposition sei künftig notwendiger denn je zuvor.

Im Landtagswahlkampf hatte die Partei dem „Kampf um die Jungwähler“ oberste Priorität zugemessen. Mit der kostenlosen Verteilung einer CD vor Bildungseinrichtungen, Bahnhöfen und Bushaltestellen versuchte sie dieses Wählerpotenzial gezielt anzu-

sprechen. In ihrem Wahlprogramm bezeichnete sie sich als fundamentale, national ausgerichtete Opposition gegen die etablierten „Versagerparteien“ und erhob Forderungen wie „Nein zur Globalisierung“, „Arbeit zuerst für Deutsche“ und „Soziale Sicherung als Grundrecht für Deutsche“. Ferner agitierte sie vor allem gegen „Hartz IV“ sowie unter dem Motto „Deutsche wehrt Euch!“ gegen einen EU-Beitritt der Türkei.

#### 2.1.1.2 Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Zur Landtagswahl am 22. Mai trat die NPD mit einer 34 Personen umfassenden Landesliste - angeführt vom Bundesvorsitzenden Udo Voigt - sowie mit Direktkandidaten in 109 der 128 Wahlkreise an. Drei Neonazis kandidierten auf den Listenplätzen acht, zehn und dreizehn. Die DVU hatte gemäß den mit der NPD getroffenen Wahlabsprachen wiederum auf eine Wahlteilnahme verzichtet. Dem amtlichen Endergebnis zufolge erreichte die NPD mit 73.969 (2000: 2.357) Stimmen einen Stimmenanteil von 0,9 % (2000: 0,0 %). Zwar konnte sie damit das Ergebnis der letzten Landtagswahl vervielfachen und auch mehr Stimmen als die REP erreichen; die Partei verfehlte jedoch ihr Wahlziel - den Einzug in den Landtag - bei weitem und kann auch keine Mittel aus der staatlichen Teilfinanzierung beanspruchen.

In einer Pressemitteilung vom 24. Mai erklärte die NPD, sie habe ihr Wahlergebnis des Jahres 2000 „auf einem unbestritten niedrigen Niveau“ um ein Vielfaches steigern können. Gleichwohl habe sich die Erwartung, hinter den etablierten Parteien stärkste Kraft zu werden, nicht erfüllt. Die Polarisierung des Wahlkampfs und nicht zuletzt der Wahlantritt der „noch immer vom Ausgrenzungswahn besessenen Republikaner“ hätten ein besseres Abschneiden verhindert.

In ihrem mit geringem finanziellem Aufwand betriebenen Wahlkampf hatte die NPD insbesondere mit Informationsständen sowie mit einzelnen kleineren Kundgebungen und Saalveranstaltungen den Kontakt zum Wähler gesucht. Hierbei wurde sie von Teilen der Neonazi-Szene unterstützt. Mit Parolen wie „Zukunft durch Arbeit - nur mit der NPD“ oder „NEIN zu Hartz IV und Agenda 2010“ warb sie um Stimmen. Im Zusammenhang mit einem möglichen EU-Beitritt der Türkei agitierte die NPD gegen eine „türkische Landnahme“ sowie den angeblich beabsichtigten „Austausch des deutschen Volks gegen eine fremdstämmige, meist kleinasiatische Bevölkerung“ und forderte: „Volksabstimmung jetzt!“

#### 2.1.2 Geplante Bundestagswahl

In einer Pressemitteilung vom 24. Mai begrüßte die NPD-Parteiführung die Entscheidung der Bundesregierung, den Weg zu vorgezogenen Neuwahlen frei zu machen. Die lange Serie von Wahlniederlagen zeige, dass „Rotgrün endgültig abgewirtschaftet hat und ein Fall für den Politkompost ist“. Im Herbst 2005 würden die Deutschen „nicht allein die Wahl zwischen Pest und Cholera haben“. Die nationale Opposition werde sich in den kommenden Monaten „als glaubwürdige Alternative zum herrschenden Parteienkartell präsentieren und deutlich machen, dass die Marktfundamentalisten von CDU und FDP noch stärker als Rotgrün für eine systematische Aushöhlung des Sozialstaats stehen“.

Da die „Volksfront von rechts“ nicht so gefestigt ist, wie deren Protagonisten es darstellen, ist die NPD von ihrer ursprünglichen Erwartung, die Fünf-Prozent-Hürde überwinden zu können, offenbar wieder abgerückt und verfolgt jetzt das Ziel, durch den Gewinn von drei Direktmandaten in den Deutschen Bundestag einzuziehen.



### 2.1.3 Bündnispolitik

Die NPD propagiert die Schaffung einer „Volksfront von rechts“. Hierfür hat sie ihr auf drei „strategische Säulen“ gestütztes Konzept um eine vierte Säule, den „Kampf um den organisierten Willen“, erweitert. Damit bezweckt sie die Bündelung möglichst aller nationalen Kräfte, ohne dabei programmatische Inhalte zu definieren. Im Grunde handelt es sich um eine Aktionseinheit von NPD und Teilen des rechtsextremistischen Lagers. Die NPD bezieht hierin auch die DVU mit ein.

#### 2.1.3.1 Deutschland-Pakt

Der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt und der DVU-Bundesvorsitzende Dr. Gerhard Frey legten Mitte Januar in einer als „Deutschland-Pakt“ bezeichneten Vereinbarung ihre weitere Zusammenarbeit bei kommenden Wahlen auf Europa-, Bundes- und Landesebene fest (vgl. auch Nummer 2.2.1).

Bereits im Juni 2004 hatten die Parteivorstände von DVU und NPD eine Wahlabsprache für die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen im September 2004 getroffen, von der beide Parteien sowohl durch den Einzug in das jeweilige Landesparlament als auch durch die damit verbundenen staatlichen Transferzahlungen profitierten. Voigt und Dr. Frey vereinbarten daraufhin bei einem Treffen in München, auch bei kommenden Wahlen Bündnisse einzugehen. Mit dem „Deutschland-Pakt“, der die Zusammenarbeit beider Parteien bei künftigen Wahlen nochmals förmlich bekräftigt, soll der Kooperation ein fester Rahmen verliehen werden.

#### 2.1.3.2 Integration von Neonazis

Am 3. April wurde in München der bisher nur noch nominell bestehende NPD-Bezirksverband Oberbayern reaktiviert. Dabei wurde der Vorsitzende des NPD-Kreisverbands München Roland Wuttke zum Nachfolger des bisherigen Bezirksvorsitzenden Sascha Wagner gewählt, der im Herbst 2004 als Unterstützer des Wahlkampfs der sächsischen NPD seinen Wirkungsschwerpunkt nach Sachsen verlagert hatte. Stellvertretender Bezirksvorsitzender wurde der Anführer der neonazistischen Kameradschaft München, Norman Bordin.

Die Strategie der NPD, in ihre Bündnispolitik neben anderen rechtsextremistischen Parteien auch „nationale Kräfte“ einzubeziehen, setzt sich damit in Bayern auf regionaler Ebene fort. Mit der Wahl von Norman Bordin zum stellvertretenden Vorsitzenden des NPD-Bezirksverbands Oberbayern verfügt die NPD über eine „Schnittstelle“ zu örtlichen Kameradschaften sowie zur Neonazi- und Skinhead-Szene im Raum München.

#### 2.1.3.3 Werbung um das Wählerpotenzial der Linkspartei

Die soziale Frage ist schon seit längerem ein zentrales Agitationsthema der Neonazi-Szene und der NPD, wobei die NPD zumindest in Teilbereichen mit den Parteien „Die Linkspartei.PDS“ und „Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative“ (WASG) um dieselbe Klientel konkurriert. Die NPD befürchtet ebenso wie die „Freien Nationalisten“ die Abwanderung von Protestwählern zu dem neuen Linksbündnis. Vor diesem Hintergrund ist das gegenwärtig verstärkte Bemühen um Protestwähler zu sehen.

So veröffentlichte der führende Neonazi Thomas Wulff, der seit Herbst 2004 der NPD angehört, am 22. Juni im Internet einen Beitrag mit der Überschrift „Nationale Sozialisten hinein in die WASG!“. Darin hieß es, die Basis der WASG sei keineswegs

„antinationale eingeschränkt“, sondern beginne, „notwendige Korrekturen in der Politik der BRD (u.a. in der Fremdarbeiter- und Ausländerfrage)“ deutlich zu äußern. Bestes Beispiel hierfür sei der aktuelle „Vorreiter“ der WASG Oskar Lafontaine, der öffentlich dazu aufgerufen habe, die deutschen Werkstätigen vor Bedrohung durch ausländische „Fremdarbeiter“ zu schützen.

Der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt erklärte in diesem Zusammenhang in einer Pressemitteilung vom 16. Juni, der frühere SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine übernehme NPD-Forderungen. Dann aber solle sich das neue Linksbündnis aus sozialer und nationaler Verantwortung gegenüber den Deutschen dem „Deutschland-Pakt“ von NPD und DVU anschließen, statt aus nackter Angst vor weiteren Erfolgen der nationalen Opposition deren Argumente zu übernehmen. Der stellvertretende NPD-Parteivorsitzende Holger Apfel äußerte darüber hinaus, Oskar Lafontaine trage „zur Enttabuisierung des politischen Diskurses in Deutschland“ bei, wenn er die sozialen Folgen der Globalisierung scharf angreife, und Sorge dafür, dass „der Volksgemeinschaftsgedanke in der Mitte der Gesellschaft verwurzelt“ werde, was aus Sicht der NPD natürlich zu begrüßen sei.

#### 2.1.4 Sonstige Aktivitäten

##### 2.1.4.1 Eklat im Sächsischen Landtag

Am 21. Januar bat der Präsident des Sächsischen Landtags die Abgeordneten, sich zum Gedenken an den bevorstehenden 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar im Parlament für eine Schweigeminute zu erheben. Daraufhin verließen die zwölf Abgeordneten der NPD-Fraktion geschlossen den Saal. In einer am selben Tag veranstalteten „Aktuellen Stunde“ im Dresdner Landtag bezeichneten der Fraktionsführer der NPD Holger Apfel und der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel die alliierten Luftangriffe auf Dresden im Zweiten Weltkrieg als „Bomben-Holocaust“.

Die NPD hatte bei der Landtagswahl in Sachsen am 19. September 2004 mit einem Stimmenanteil von 9,2 % der Wählerstimmen erstmals seit 1968 wieder den Einzug in ein Landesparlament erreicht. Seitdem konzentriert die NPD ihre Kräfte auf Sachsen, um den dortigen Landtag medienwirksam als „Bühne“ für ihre auch revisionistisch geprägte Propaganda zu nutzen.

##### 2.1.4.2 Politischer Aschermittwoch

Am traditionellen Aschermittwochstreifen der bayerischen NPD am 9. Februar in Deggendorf beteiligten sich rund 150 (2004: 70) Mitglieder und Sympathisanten, darunter auch der Landesvorsitzende der Deutschen Partei (DP) Ulrich Pätzold. Der stellvertretende Vorsitzende des NPD-Landesverbands Bayern Sascha Roßmüller referierte in seiner Eigenschaft als Mitarbeiter der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag über deren Arbeit. Pätzold bot in seinem Gastbeitrag der NPD die Zusammenarbeit in Bezug auf die nächste Bundestagswahl an. Der bayerische NPD-Vorsitzende Ralf Ollert prophezeite in seiner Rede den gemeinsamen Einzug von NPD, DP und „freien Kameraden“ in den Bayerischen Landtag im Jahr 2008 und erklärte, die NPD wende sich mit ihrem „Kampf gegen das System“ nicht gegen die freiheitliche Grundordnung, sondern gegen das etablierte Kartell aus Parteien und ihren Helfershelfern; diese hätten sich den Staat zur Beute gemacht und wollten eine Opposition in den Parlamenten mit allen Mitteln verhindern.

### 2.1.4.3 Freiheitlicher Kongress

Der zur NPD gehörende „Deutsche Stimme“-Verlag führte vom 18. bis 20. März in Bayreuth seinen „3. Freiheitlichen Kongress“ durch. Daran nahmen rund 300 Personen teil, darunter der Parteivorsitzende Udo Voigt, seine Stellvertreter Holger Apfel und Peter Marx, der DVU-Pressesprecher Bernd Dröse und der rechtsextremistische Publizist und frühere REP-Bundesvorsitzende Franz Schönhuber, der die NPD seit Anfang des Jahres in medien- und europapolitischen Fragen berät. Die Teilnehmer stimmten darin überein, die Bündnisbestrebungen im nationalen Lager fortzusetzen und bekannten sich ausdrücklich zu dem am 15. Januar zwischen NPD und DVU geschlossenen „Deutschland-Pakt“. Angesichts der krisenhaften Entwicklung könne sich Deutschland eine zersplitterte nationale Opposition nicht länger leisten.

Voigt erklärte in seiner Rede, es gelte die erfolgreiche „Volksfront-Politik“ fortzusetzen. Ziel sei es, 2006 in den „Reichstag“ einzuziehen. Die Verschärfung des Versammlungsrechts sei Zeichen einer ansteigenden Nervosität der politischen Klasse. In Zeiten wirtschaftlicher Probleme versuche man das nationale Lager zu stigmatisieren, um von den gravierenden Problemen, insbesondere der Massenarbeitslosigkeit, abzulenken. Der NPD-Abgeordnete im Sächsischen Landtag Jürgen Gansel sprach zum Thema „Der Befreiungslüge trotzen - Deutschlands Unterwerfung und Wiederauferstehung“. Er führte u.a. aus, Deutschland sei 1945 lediglich befreit worden „von Leben, Eigentum und Gesundheit“. Etwa 2,5 Millionen Deutsche seien allein auf der Flucht vor den „Befreiern“ ums Leben gekommen.

### 2.1.4.4 Maikundgebung in Nürnberg

Unter dem Motto „Das Volk sind wir - weg mit Hartz IV“ veranstaltete die NPD am 1. Mai in Nürnberg eine Kundgebung, an der sich rund 380 Personen beteiligten. Der NPD-Aufzug begann verzögert, da eine starke Rauchentwicklung in einem U-Bahn-Tunnel zu Störungen des U-Bahn-Verkehrs führte. Ein Teil der Veranstaltungsteilnehmer gelangte deshalb verspätet zum Aufstellungsort. Die autonome Szene wertete dies als erfolgreiche Störung des zeitlichen Ablaufs des Aufmarschs. Ein Großteil der Gegendemonstranten versuchte mehrfach, den Aufzug zu stoppen. So blockierten etwa 230 Personen eine Unterführung, weitere 300 Gegendemonstranten drangen in den Hauptbahnhof ein und verteilten sich in Kleingruppen. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung kam es zu zahlreichen Auseinandersetzungen mit den Einsatzkräften, wobei ein Polizeibeamter schwere Verletzungen erlitt. Auch die Schlusskundgebung der NPD war von verbalen Protesten begleitet. Die Polizei nahm 23 Personen fest, davon 20 aus dem linksextremistischen Spektrum.

### 2.1.4.5 Protestaktion gegen das Jugendzentrum in Dorfen

Unter dem Motto „Kriminellen keine Plattform bieten! JZ Dorfen schließen!“ demonstrierten am 4. Juni rund 130 Personen des rechtsextremistischen Spektrums in Dorfen, Landkreis Erding, gegen das örtliche Jugendzentrum. Anmelder der Veranstaltung war der NPD-Funktionär und Neonazi Norman Bordin. Bei der Auftaktkundgebung wandte sich Bordin gegen linksautonome Gewalt und Drogenmissbrauch und behauptete, im Jugendzentrum werde linksextremistisches Gedankengut verbreitet. Die Einrichtung müsse geschlossen werden, da Jugendliche dort zu Straftaten und Drogenmissbrauch verleitet würden. Die NPD werde in Dorfen solange demonstrieren, bis dieses Ziel erreicht sei. Gegen die NPD-Veranstaltung protestierten bis zu 800 politische Gegner, darunter zwischen 250 und 300 gewaltbereite Aktivisten der linksextremistischen auto-

nomen Szene. Die Polizei löste Blockaden der Gegendemonstranten auf und nahm insgesamt 20 Personen fest, davon drei Rechtsextremisten.

Die erste Veranstaltung dieser Art hatte am 11. Dezember 2004 in Dorfen stattgefunden. Damals hatten 80 Rechtsextremisten unter dem Motto „Kriminellen Banden keine Plattform bieten, schützt die Jugend vor linksfaschistischer Gewalt“ demonstriert.

### 2.1.5 Junge Nationaldemokraten (JN)

Anlässlich des 60. Jahrestags des Kriegsendes führten Rechtsextremisten am 8. Mai in mehreren deutschen Städten Veranstaltungen durch.

In Berlin nahmen an einer von den JN unter dem Motto „60 Jahre Befreiungslüge - Schluss mit dem Schuld kult“ angemeldeten Veranstaltung rund 3.300 Personen teil. Unter ihnen befanden sich der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt, sein Stellvertreter Holger Apfel, die Neonazis und NPD-Bundesvorstandsmitglieder Thomas Wulff (Versammlungsleiter) und Thorsten Heise. Aus Bayern waren etwa 600 Rechtsextremisten nach Berlin gereist. Auch Delegationen befreundeter rechtsextremistischer Organisationen aus dem Ausland waren anwesend.

Der JN-Bundesvorsitzende Stefan Rochow bezeichnete in seiner Rede den 8. Mai als ein „Symbol der Gefangenschaft“. Das deutsche Volk sei bis heute unterdrückt und befinde sich in einer „Schuld knechtschaft“. Holger Apfel forderte ein Ende der Vergangenheitsbewältigung und verunglimpfte die Bundesrepublik Deutschland als „Canossa-Republik“ und „Lügenrepublik“, der man nur abgrundtiefe Abscheu entgegenbringen könne. Voigt erklärte in seiner Rede, der 8. Mai 2005 diene den Regierenden dazu, von nicht mehr lösbaren sozialen Problemen abzulenken. Am Brandenburger Tor werde derzeit eine absurde „Schuld kult-Show“ aufgeführt, um den Prozess der von den Siegern eingeleiteten Umerziehung mit Macht fortzusetzen. Der im Anschluss an die Kundgebung geplante Demonstrationzug konnte nicht durchgeführt werden, da die umliegenden Straßen von mehreren tausend Gegendemonstranten besetzt waren. Der Veranstalter beendete daraufhin die Kundgebung. In einer ersten Stellungnahme erklärte die NPD, die vorzeitige Beendigung der Veranstaltung sei ein „Pyrrhussieg der gegenwärtigen politischen Klasse in Berlin“.

## 2.2 Deutsche Volksunion (DVU)

### 2.2.1 Bundesparteitag

Die DVU veranstaltete am 15. Januar in München ihren Bundesparteitag mit rund 300 Teilnehmern. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Planung und Koordination der bevorstehenden Wahlkämpfe. Der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt und der DVU-Bundesvorsitzende Dr. Gerhard Frey legten in einer als „Deutschland-Pakt“ bezeichneten Vereinbarung ihre weitere Zusammenarbeit für die kommenden Wahlen auf Europa-, Bundes- und Landesebene fest. In der Vereinbarung heißt es, der Bruderkampf sei eingestellt; es werde nun ausschließlich gegen die wirklichen Gegner gefochten. So würden beide Parteien bis zum 31. Dezember 2009 bei Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen nicht gegeneinander kandidieren. Die NPD werde zur nächsten Bundestagswahl antreten und dabei auch 15 Kandidaten der DVU aufstellen. Die NPD trete zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein (20. Februar) und Nordrhein-Westfalen (22. Mai) an. Die DVU nehme im Gegenzug an den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (2006), Bremen (2007), Hamburg (2008), Thüringen und Branden-

burg (2009) teil. Bei allen anderen Wahlen bis 2009 kandidiere die DVU „jedenfalls dann nicht, wenn die NPD kandidiert“. Eine Öffnung der Landesliste einer antretenden Partei für Vertreter der jeweils anderen wurde nur für vier Landtagswahlen (Sachsen-Anhalt, Berlin, Thüringen und eine weitere nicht genannte) festgeschrieben.

### 2.2.2 Kundgebung in Augsburg

Zum Gedenken an die Bombardierung Augsburgs im Jahr 1944 führte der DVU-Kreisverband Augsburg am 25. Februar eine Kundgebung auf dem Martin-Luther-Platz in Augsburg durch. Die rund 60 Teilnehmer zeigten Transparente mit Aufschriften wie „Mord verjährt nicht! In stillem Gedenken - JN München“, „Opfer des alliierten Bombenterrors wir vergessen Euch nicht! - Kameradschaft Augsburg“ und „Wir gedenken: 25. Februar 1944 britisch-amerikanischer Bombenterror über Augsburg“. Rund 150 Gegendemonstranten störten die Reden des Augsburger DVU-Vorsitzenden Walter Baur und des DVU-Presse-sprechers Bernd Dröse mit Trillerpfeifen, Trommeln und lautstarken Rufen.

### 2.2.3 Publizistische Aktivitäten

Die DVU entwickelt kaum öffentliche Aktivitäten. Lediglich in ihren mit hohem finan-ziellem Aufwand geführten Wahlkämpfen wendet sie sich mittels Postwurfsendungen und flächendeckender Plakatierung an potenzielle Wähler. Davon abgesehen tritt sie vor allem durch ihr vom Parteivorsitzenden herausgegebenes publizistisches Sprachrohr „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ) in Erscheinung.

Zum Ergebnis der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen erklärte die DVU in der NZ vom 27. Mai, die „Rechten“ hätten sich den seltsamen „Luxus“ geleistet, wieder ein-mal gegeneinander anzutreten. Alle Appelle der DVU und der NPD an die REP-Füh-rung, das „Kriegsbeil zu begraben und mit an Bord zu kommen“, seien vergebens geblieben. Die REP hätten auf dem Stimmzettel mit der NPD konkurriert und damit dem potenziellen Rechtswähler ein Bild der Zerstrittenheit geliefert. Dagegen hätten die Parteivorsitzenden von DVU und NPD sofort nach der Wahl abermals den „Deutschland-Pakt“ und das Ziel der Überwindung rechter Uneinigkeit betont.

In einer am 4. Februar auf der Internet-Seite der DVU eingestellten Erklärung des Parteivorsitzenden Dr. Gerhard Frey hieß es, die DVU werde durch die Zusammen-arbeit mit der NPD „kein Jota vom bisherigen Kurs abweichen“. Dieser lasse sich auf die Kurzformel bringen: „Ja zum Grundgesetz - Knallhart gegen Gewalt - Nein zum Nazismus und Neonazismus“.

Desgleichen kritisierte ein in der NZ vom 8. April enthaltener Artikel „Demos ja - aber so?“ eine am 2. April in München durchgeführte Kundgebung des im Vorjahr in die NPD eingetretenen Neonazi Norman Bordin. Diese Äußerungen machen deutlich, dass es zwischen den durch den „Deutschland-Pakt“ verbundenen Parteien nach wie vor Differenzen in der Einschätzung des Nationalsozialismus bzw. in der Frage einer Zu-sammenarbeit mit Neonazis gibt.

## 2.3 Die Republikaner (REP)

### 2.3.1 Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Zur Landtagswahl am 22. Mai kandidierten die REP mit Direktbewerbern in allen 128 Wahl-kreisen. Nach dem amtlichen Endergebnis erreichte die Partei mit 67.220 (2000: 83.296)

Stimmen einen Anteil von 0,8 % (2000: 1,1 %) und schnitt damit noch schlechter als die NPD ab, obwohl sie im Gegensatz zu dieser flächendeckend angetreten war. Wie die NPD können auch die REP aufgrund dieses Ergebnisses keine Mittel aus der staatlichen Teilfinanzierung beanspruchen.

Im Wahlkampf hatten sich die REP - wie bei vorangegangenen Wahlen - als Protestwählerpartei präsentiert und soziale Themen in den Mittelpunkt gestellt. Mit Plakaten wie „Das Boot geht unter“ oder „mehr als 5.000.000 Arbeitslose - STOP - Protest wählt REP“ warben sie um Stimmen, entwickelten insgesamt aber nur geringe Aktivitäten.

### 2.3.2 Proteste gegen den offiziellen Abgrenzungskurs

Einer im „Störtebeker-Netz“ verbreiteten Erklärung vom 8. Januar zufolge hat sich der REP-Landesverband Hamburg aufgelöst. Der Landesvorstand und eine Vielzahl von Mitgliedern seien geschlossen zur NPD übergetreten. Der Landesverband habe den Auflösungsbeschluss auf seinem letzten Landesparteitag bei nur zwei Stimmenthaltungen gefasst. Die REP-Parteispitze habe den Landesverband - so wie andere nord- und mitteldeutsche Verbände - über Jahre gezielt unfair behandelt. Die jetzige Entscheidung sei daher eine rein politische, da man für Deutschland nur eintreten könne, wenn man sich in arbeitsfähigem Zustand befinde. In einer Pressemitteilung vom 8. Januar wies die stellvertretende REP-Bundvorsitzende Ursula Winkelsetz die angebliche Selbstaflösung des Hamburger Landesverbands als „NPD-typische Falschmeldung“ zurück.

In einer bereits am 7. Januar veröffentlichten Erklärung mit der Überschrift „Hamburger Signal - Aufruf unabhängiger Republikaner zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein“ hatten die Erstunterzeichner - darunter auch der bisherige Hamburger REP-Landesvorsitzende - dazu aufgefordert, am 20. Februar für die NPD zu stimmen. In einem Appell vom 10. Januar, der auf der Internet-Seite der NPD unter der Überschrift „Republikaner unterstützt das Hamburger Signal!“ eingestellt war, riefen zahlreiche ehemalige REP-Funktionäre dazu auf, das „Hamburger Signal“ zu unterzeichnen. Hierdurch solle die Bundesführung der REP gezwungen werden, den „einzig richtigen Weg“ einzuschlagen.

### 2.3.3 Sonstige Aktivitäten

#### 2.3.3.1 Politischer Aschermittwoch

An der traditionellen Aschermittwochsveranstaltung der REP am 9. Februar in Geisenhausen, Landkreis Landshut, nahmen knapp 300 (2004: 200) Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teil. Der bayerische Landesvorsitzende Johann Gärtner kritisierte die „Schönrednerei der Altparteien“ in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Mit einer Gedenkminute erinnerte der Bundesvorsitzende Dr. Rolf Schlierer an die „Opfer von Bombenterror, Flucht und Vertreibung“. Als Hauptredner wandte er sich gegen den „offiziellen Denkbetrieb 60 Jahre nach Kriegsende“ und forderte die „geistige Befreiung“ der Deutschen aus der Situation eines besiegten Landes. 1945 sei für Deutschland kein Jahr der Befreiung, sondern „ein Jahr der katastrophalen Niederlage“ gewesen. Er bezeichnete das „Dogma von der Einzigartigkeit deutscher Verbrechen“ als „historische Lüge“, die ebenso wie der „Popanz der rechtsextremistischen Bedrohung“ benutzt werde, um die Deutschen dauerhaft emotional und moralisch unter Druck zu setzen. Die Deutschen dürften nicht länger zulassen, dass ihre ganze Geschichte „in ein Verbrecheralbum umgewandelt“ werde.

### 2.3.3.2 Partei- und Informationstag in Ingolstadt

Im Rahmen eines Informationstags unter dem Motto „Republikaner zum Anfassen“ führte der REP-Landesverband Bayern am 4. Juni in Ingolstadt einen „Kleinen Parteitag“ mit rund 200 Mitgliedern und Gästen durch. Während der Veranstaltung wurden langjährige Parteimitglieder geehrt und 18 Bewerber für die Bundestagswahl 2005 nominiert. Spitzenkandidat ist der bayerische Landesvorsitzende Johann Gärtner, gefolgt von seinem Stellvertreter, dem unterfränkischen Bezirksvorsitzenden Berthold Seifert. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Rede des Bundesvorsitzenden Dr. Rolf Schlierer. Er betonte, dass die REP keineswegs nur eine „Ein-Thema-Partei“ seien; sie hätten nicht nur in ihrer Kernkompetenz, der Inneren Sicherheit, Konzepte anzubieten, sondern seien auch in der Arbeitsmarkt-, Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik durchaus ernstzunehmende Ansprechpartner. Nach einer Pressemitteilung der REP vom 4. Juni sollen der Partei in Bayern noch fast 1.000 Mitglieder „der ersten Stunde“ angehören.

### 2.3.4 Rechtsextremistische Agitation

In einer Pressemitteilung vom 7. Mai erklärten die REP, dass sie zum Ausdruck der Trauer auf jeden Versuch verzichteten, im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen, Aufmärschen oder Feiern den 60. Jahrestag der totalen Kapitulation der deutschen Streitkräfte politisch zu instrumentalisieren. Der Bundesvorsitzende Dr. Rolf Schlierer kritisierte in diesem Zusammenhang die „immer wieder auch von deutschen Politikern als Rechtfertigung für alliierte Kriegsverbrechen vorgebrachte Kollektivschuldthese, wonach die vielen unschuldigen Opfer auf deutscher Seite als Folge des von Deutschland verursachten Kriegs verharmlost“ würden.

In einem Artikel mit der Überschrift „Die Befreiungslüge - Vom Zynismus der Um-erzieher“ wandte sich Dr. Schlierer im Parteiorgan gegen Versuche, die Bombenopfer, die Vertreibungsoffer sowie die von „Tieffliegern abgeknallten“ deutschen Zivilisten und Kinder „posthum zu Kollateralschäden“ zu erklären, um die „Befreier“ zu entlasten.

In einer Pressemitteilung anlässlich der Eröffnung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas am 10. Mai in Berlin hieß es, das Holocaustmahnmal sei „völlig überdimensioniert und unehrlich“. Es werde nicht von der Zustimmung der Mehrheit der Deutschen getragen; hier habe sich vielmehr die „Politische Korrektheit ein Denkmal gesetzt“. Außerdem werde nur einer Opfergruppe, nämlich der Juden, gedacht. Alle anderen Opfer würden ausgeklammert und „durch die Monströsität des Denkmals zu Opfern zweiter Klasse degradiert“. Unredlich sei auch, dass es bis heute weder ein Denkmal für die Bomben- und Vertreibungsoffer noch für die Opfer des Stalinismus in Berlin gebe.

## 2.4 Deutsche Partei - Die Freiheitlichen (DP)

### 2.4.1 Amtsenthörung des Bundesvorsitzenden

Am 22. Januar enthob die Mehrheit des Bundesvorstands auf einer außerordentlichen Vorstandssitzung den Parteivorsitzenden Dr. Heiner Kappel seines Amtes, ordnete das sofortige Ruhen seiner Mitgliedsrechte an und beantragte beim Bundesschiedsgericht die Einleitung eines Parteiausschlussverfahrens. Seit dem 23. Januar sind auf der Internet-Seite der DP als „kommissarische Vorsitzende“ die bisherigen

Stellvertreter Claudia Wiechmann, Ulrich Pätzold (bayerischer Landesvorsitzender) und Eberhard Lehmann (Landesvorsitzender von Berlin) aufgeführt. Die Position des Bundesvorsitzenden ist demnach vakant. Kappels Absetzung als Parteivorsitzender dürfte Ausfluss der bereits länger andauernden innerparteilichen Streitigkeiten um den weiteren Kurs der Partei sein. Kappel hatte - anders als die Mehrheit des DP-Bundesvorstands - eine Zusammenarbeit mit der NPD ausgeschlossen.

Der kommissarisch eingesetzte Bundesvorstand favorisiert die von der NPD propagierte „Volksfront von rechts“. Dieser Kurs und die Rechtmäßigkeit von Kappels Absetzung sind jedoch in der Partei nach wie vor umstritten.

#### 2.4.2 Wechsel des saarländischen Landesvorstands zu den REP

In einer Pressemitteilung der REP vom 8. März hieß es, der saarländische Landesvorstand der DP sei zu den REP übergetreten und habe dies mit Diskussionen innerhalb des DP-Bundesvorstands um eine Annäherung an die NPD begründet. Die Mehrzahl der DP-Mitglieder habe - so der bisherige DP-Landesvorsitzende - den Übertritt mitgetragen und lehne jede Zusammenarbeit mit der NPD kategorisch ab. Eine Zukunft als konservative Patrioten sehe man nur noch bei den REP.

### 2.5 Münchener Bekenntnis

Am 23. Januar fand in München-Pasing ein „politisches Neujahrstreffen“ mit rund 300 Personen aus dem gesamten rechtsextremistischen Spektrum statt. An der Veranstaltung beteiligten sich neben Mitgliedern der NPD, DVU, REP und DP auch Angehörige der Neonazi-Szene. Leiter des Treffens waren der DP-Funktionär Wolfgang Bukow und der inzwischen verstorbene REP-Stadtrat Johann Weinfurter, gegen den ein Parteiausschlussverfahren wegen wiederholter Missachtung des offiziellen Abgrenzungskurses anhängig war. Als Ordner fungierten Mitglieder der neonazistischen Kameradschaft München unter Führung von Norman Bordin. Hauptredner war der NPD-Spitzenfunktionär und Fraktionschef im Sächsischen Landtag Holger Apfel, der auf erfolgreiche Sammlungsbestrebungen des rechtsextremistischen Spektrums in Sachsen verwies. Bei der Veranstaltung wurden Unterschriften für ein „Münchener Bekenntnis“ gesammelt. Darin erklärten die Unterzeichner, der „Bruderkampf“ sei eingestellt. Der Weg zum politischen Erfolg sei nur gemeinsam möglich. Es müsse alles versucht werden, damit künftig nur noch eine nationale Partei zu Wahlen antrete; Wahlbündnisse müssten endlich Normalität werden. Ziel sei „eine große nationale Volksbewegung, die Deutschland in eine neue Zeit führen wird“.

Bereits am 22. Dezember 2004 hatten sich in einer Münchner Gaststätte etwa 40 Angehörige verschiedener rechtsextremistischer Organisationen getroffen, darunter Mitglieder der NPD, DVU und der REP sowie Anhänger des „Freundeskreises Demokratie Direkt München“ und der Kameradschaft München. Der Moderator der Veranstaltung erklärte den Teilnehmern, dass die Zusammenkunft der Beginn eines „Münchener Bündnisses“ sei, und verwies dabei ausdrücklich auf Erfolge der NPD bei sächsischen Kommunal- und Landtagswahlen. Die Sammlung diene dem gemeinsamen Weg der „Rechten“ zum politischen Erfolg.

Mit dem „Münchener Bekenntnis“ erfährt das „Volksfront-Konzept“ der NPD weitere Unterstützung.



## 2.6 Revisionistische Gedenkveranstaltungen

Rechtsextremisten versuchten, die jeweiligen Jahrestage der Bombardierung deutscher Städte propagandistisch zunutzen, indem sie z.B. eine Aufrechnung mit den Verbrechen der Nationalsozialisten vornahmen oder ein Ende der Entschädigungszahlungen an die Opfer forderten. Im Vordergrund stand dabei vor allem die Absicht, das deutsche Volk nicht mehr als Tätervolk, sondern als reines Opfervolk erscheinen zu lassen.

So führten Rechtsextremisten am 13. Februar zum Gedenken an die Zerstörung Dresdens im Jahre 1945 einen Trauermarsch durch die Dresdner Innenstadt durch. An der von der rechtsextremistischen Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) angemeldeten Veranstaltung beteiligten sich rund 5.200 Personen (2004: 2.500), darunter bekannte Rechtsextremisten wie Horst Mahler und die führenden Neonazis Thomas Wulff, Christian Worch und Thorsten Heise. Bei der Auftaktkundgebung in unmittelbarer Nähe des Sächsischen Landtags sprachen u.a. der rechtsextremistische Liedermacher Frank Rennie, der ehemalige REP-Vorsitzende Franz Schönhuber, der DVU-Vorsitzende Dr. Gerhard Frey und der NPD-Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag Holger Apfel. Der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt trat auf der Abschlusskundgebung als Redner auf. Holger Apfel bezeichnete in seiner Rede den gemeinsamen Auftritt von Schönhuber, Dr. Frey und Voigt als „eindruckvolles Signal des immer stärker werdenden Einigungswillens des nationalen Lagers in Deutschland“.

Die Trauermärsche der JLO entwickelten sich in den letzten Jahren zu einem überregionalen Anziehungspunkt für die rechtsextremistische Szene. Das gemeinsame Auftreten führender Rechtsextremisten in der Öffentlichkeit ist darüber hinaus ein weiterer Beleg für den Erfolg der „Volksfront“-Strategie der NPD.

In München veranstaltete der Leiter des „Freundeskreises Demokratie Direkt München“ Roland Wuttke wie in den Vorjahren fast zeitgleich eine Mahnwache zum Gedenken an den „alliierten Bombenterror von Dresden“. An der Veranstaltung nahmen etwa 50 Personen teil.

## 2.7 Organisationsunabhängige Publizistik

Die Februar-Ausgabe der Monatsschrift „Nation & Europa - Deutsche Monatshefte“ enthielt mehrere Beiträge, die den demokratische Rechtsstaat verunglimpften und den Holocaust relativierten.

In einem Artikel mit dem Titel „Parteienfilz statt Gemeinsinn“ sprach sich der rechtsextremistische Publizist und Mitarbeiter der sächsischen NPD-Landtagsfraktion Karl Richter für die Abschaffung des parlamentarischen Systems aus. Bundestag und Länderparlamente zeigten die entartete Form des Parlamentarismus, die jedoch einen unbestreitbaren Vorteil habe:

*„Verbrauchte, überlebte Regime können ungleich schneller und im Normalfall auch ‚unblutiger‘ entsorgt werden als unter totalitären Vorzeichen.“*

Die Zeit der bundesdeutschen Altparteienkaste sei abgelaufen. Es sei höchste Zeit, für Abhilfe zu sorgen - zunächst in den Parlamenten, dann in der Regierung.

Der ehemalige REP-Bundesvorsitzende Franz Schönhuber bezichtigte in seiner Kolumne „Opfertümelei“ den Zentralrat der Juden und den Zentralrat der Sinti und Roma des „alttestamentarischen Hasses“, der nicht einmal den Toten verzeihe, Deutsche gewesen zu sein. Unter Verweis auf die „Umerziehung“ der Deutschen, gegen die es Widerstand zu leisten gelte, stellte er die Frage:

*„Müssen die deutschen KZs ewig in beschämender Erinnerung bleiben, die sowjetischen Gulags aber mit dem Schleier des Vergessens überzogen werden?“*

Mit den Beiträgen schließt sich „Nation & Europa“ der aktuellen NPD-Argumentationsstrategie an. Danach sollen die demokratischen Grundwerte und Institutionen durch gezielte Verunglimpfung der demokratischen Staatsform und ihrer Repräsentanten diskreditiert werden. Richter scheint bei dem gewünschten Systemwechsel offenbar selbst die Anwendung von Gewalt nicht auszuschließen, da er von einer „Entsorgung“ spricht, die lediglich „im Normalfall unblutig“ ablaufe.

Die in einer Auflage von rund 18.000 Exemplaren verbreitete Zeitschrift „Nation & Europa - Deutsche Monatshefte“ gilt als bedeutendes rechtsextremistisches Strategie- und Theorieorgan. Karl Richter ist Redakteur der Zeitschrift. Der Kolumnist Franz Schönhuber fungiert inzwischen als Berater für die NPD.

## 2.8 Skinheads

### 2.8.1 Überblick

Das Potenzial der rechtsextremistischen gewaltbereiten Skinheads ist in Bayern mit rund 800 Personen unverändert geblieben. Zusammen mit etwa 300 aktiven Neonazis resultiert daraus weiterhin ein gewaltbereites rechtsextremistisches Spektrum mit rund 1.100 Anhängern. Schwerpunkte der Skinhead-Szene sind nach wie vor die Großräume München und Nürnberg. Da es derzeit an Aktivisten fehlt, die in der Lage und auch Willens sind, regelmäßig Veranstaltungen zu organisieren und durchzuführen, gehen in diesem Bereich von den einzelnen Skinhead-Szenen nur geringe Aktivitäten aus. Meistens werden auch Auseinandersetzungen mit den Ordnungsbehörden gescheut. Großveranstaltungen wie Demonstrationen oder überregionale Skinhead-Konzerte sind Ausnahmen; bei diesen kann regelmäßig das vorhandene Personenpotenzial ausgeschöpft werden.

Vereinzelt entwickelten sich weitere Brennpunkte rechtsextremistischer Aktivitäten. So hat sich beispielsweise im unterfränkischen Lohr a.Main im Laufe des Jahres 2004 eine rechtsextremistische Skinhead-Szene mit 20 bis 30 jugendlichen Anhängern gebildet, die durch ihr aggressives Auftreten und durch zahlreiche politisch motivierte Straf- und Gewalttaten für Schlagzeilen sorgte. Durch konsequente staatliche Präventions- und Repressionsmaßnahmen konnte die Gruppierung jedoch geschwächt werden.

### 2.8.2 Skinhead-Musik und Skinhead-Konzerte

Skinhead-Musik ist in der rechtsextremistischen Szene nach wie vor ein wichtiges Medium für Ideologie und Agitation, aber auch für die Rekrutierung neuer Anhänger. In Bayern sind derzeit sechs rechtsextremistische Skinhead-Bands aktiv, die teilweise bei Konzerten im In- und Ausland auftreten und auch Tonträger veröffentlichen. Es handelt sich hierbei um die Gruppen „Aryan Rebels“ aus Lichtenfels, „Aufmarsch“

aus Ingolstadt, „Fadenkreuz“ aus dem Raum Cham/Roding, „Feldherren“ und „Endsieg“ aus München sowie die neu formierte Band „Faustrecht“ aus Mindelheim. Neben reiner Skinhead-Musik wird in der Szene in letzter Zeit auch Black Metal-Musik gehört, in der - wenn auch nur in kleinen Bereichen - rechtsextremistisches Gedankengut an Bedeutung gewinnt. Bei Black Metal handelt es sich um eine aggressivere Variante des Heavy Metal, die sich mit antichristlichen bzw. satanistischen Themen auseinandersetzt. Außerdem werden die Themen Krieg, Tod, Hass und Vernichtung besungen.

Die Zahl der Skinhead-Konzerte ist in Bayern gestiegen. Während im ersten Halbjahr 2004 sechs Konzerte bekannt wurden, waren es im ersten Halbjahr 2005 bereits zehn Veranstaltungen. Die Teilnehmerzahlen bewegten sich dabei zwischen 60 und 300 Personen. Bei den rechtsextremistischen Skinhead-Konzerten zeichnet sich bezüglich der Anmeldung und Durchführung ein neuer Trend ab. So werden Skinhead-Konzerte vom Veranstalter im Vorfeld als Black Metal-Konzerte ausgegeben, um dadurch einem möglicherweise folgenden Verbot entgehen zu können. Wie bisher werden Skinhead-Konzerte oft als angebliche Geburtstagsfeiern organisiert, um ein Einschreiten der Sicherheitsbehörden zu erschweren.

So feierten am 22. Januar in Dachau etwa 35 überwiegend junge Skinheads aus der Dachauer und Münchner Skinhead-Szene in einem Bürogebäude den Geburtstag eines Dachauer Skinheads. Als Grund für die Anmietung des gut eingerichteten Tagungsraums wurde gegenüber der Vermieterin eine private Geburtstagsfeier angegeben. Vor der Veranstaltung wurde ein Eintrittsgeld in Höhe von 15 Euro kassiert und den Teilnehmern als individuelles Erkennungszeichen mit einem Stift Hakenkreuze, Sigrunen und die Parole „Sieg Heil“ auf dem Unterarm angebracht. Eine Musikanlage spielte lautstark „Oi-Musik“; dazu wurden große Mengen Alkohol konsumiert. Die Skinheads hinterließen die Räumlichkeiten in einem derart desolaten Zustand, dass Reparatur- und Renovierungsarbeiten notwendig wurden.

In Erbdorf bei Weiden i.d.OPf. besuchten am 12. Februar etwa 300 Skinheads ein Skinhead-Konzert, auf dem die Skinhead-Bands „Aufmarsch“, „Blutstahl“ und „Confident of Victory“ auftraten. Die Veranstaltung verlief ohne besondere Vorkommnisse.

In Gremsdorf, Landkreis Erlangen-Höchstadt, fand am 26. Februar in einer Gaststätte ein Black Metal-Konzert mit Bezug zur rechtsextremistischen Szene statt. Es spielten die Black Metal-Bands „Absurd“, „Blutaa“ und „Morrigan“. An dem Konzert, das störungsfrei verlief, nahmen etwa 140 Personen teil, von denen gut die Hälfte dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen ist. Die Einladungen wurden persönlich per E-Mail oder SMS versandt.

Ein am 12. März in einer Gaststätte in Abenberg, Landkreis Roth, durchgeführtes Skinhead-Konzert wurde wiederum als Geburtstagsfeier bezeichnet. Den etwa 300 Teilnehmern wurde zunächst per SMS ein Treffpunkt mitgeteilt, von dem aus sie dann zum eigentlichen Veranstaltungsort weitergeleitet wurden. Das Konzert, auf dem u.a. die Skinhead-Bands „Oidoxie“ und „Razor's Edge“ auftraten, verlief störungsfrei.

Am Ostersonntag, dem 27. März, fand in Oberaurach, Landkreis Haßberge, ein Konzert der Hooligan-Band „Kategorie C“ aus Bremen statt. Diese ist überregional dafür bekannt, dass an ihren Veranstaltungen Fußballfans, Rocker und Skinheads teilnehmen. Sie bezeichnet sich zwar als unpolitische Gruppe, der es nur um Fußball, Schlägereien und Alkoholkonsum gehe. Veranstalter des Konzerts mit rund 210 Teilnehmern war aber ein bekannter Rechtsextremist, der die Veranstaltungsräumlich-

keiten in einer Gaststätte für eine Geburtstagsfeier angemietet hatte. In der Skinhead-Szene wurde für das Konzert konspirativ mobilisiert. Die überwiegende Mehrzahl der Besucher waren Skinheads, der kleinere Teil war der Hooligan-Szene zuzurechnen. Die Veranstaltung verlief störungsfrei.

In einer Gaststätte in Untermeitingen, Landkreis Augsburg, trat am 16. April u.a. die Gruppe „Act of Violence“ auf einem äußerst konspirativ vorbereiteten Skinhead-Konzert auf. Die Räumlichkeiten wurden für die private Geburtstagsfeier der Ehefrau eines bekannten Rechtsextremisten angemietet. Die Veranstaltung verlief mit 120 Teilnehmern störungsfrei.

Am 28. Mai fand wiederum in Gremsdorf, Landkreis Erlangen-Höchstadt, in derselben Gaststätte wie am 26. Februar eine als Black Metal-Konzert deklarierte Veranstaltung statt; es spielten jedoch drei Skinhead-Bands, darunter die bekannten Gruppen „Propaganda“ und „Radikahl“. An dem Konzert nahmen 200 bis 250 Personen teil, von denen viele ein typisches Skinhead-Outfit trugen. Da deren Fahrzeuge im gesamten Ortsbereich abgestellt waren, wurde der starke Zulauf von der Bevölkerung wahrgenommen und die Veranstaltung heftig diskutiert. Das Konzert verlief im Übrigen störungsfrei.

## 2.9 Neonazismus

### 2.9.1 Stellungnahme führender Neonazis zu den Bündnisbemühungen im rechtsextremistischen Lager

Die führenden Neonazis Thomas Wulff, Ralph Tegethoff und Torsten Heise zogen Anfang Mai auf einer rechtsextremistischen Internet-Seite unter der Überschrift „Ein Jahr im Zeichen der Volksfront“ eine positive Bilanz der aktuellen Bündnisbemühungen im rechtsextremistischen Lager. Wulff habe im Mai 2004 als erstes großes Zeichen einer neuen Gemeinsamkeit im NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ alle „gutwilligen Kräfte der nationalen Opposition“ zur Bildung einer „Volksfront“ aufgerufen. Der Aufmarsch zum 1. Mai 2004 sei gemeinsam von der NPD und vielen „freien Nationalisten“ propagiert worden und habe einen weiteren Erfolg der gemeinsamen Bemühungen dargestellt. Inzwischen sei „unglaublich viel Bewegung“ in die gesamte nationale Opposition gekommen. So seien Heise und Wulff in den Bundesvorstand der NPD „eingerückt“. Nach den Wahlerfolgen der DVU und NPD im September 2004 in Brandenburg und Sachsen sei die DVU mittlerweile in einem „Deutschland-Pakt“ dem Volksfrontgedanken „beigetreten“. Damit sei heute möglich, was noch vor einem Jahr „gänzlich ausgeschlossen schien“: Der Vorsitzende der DVU Dr. Gerhard Frey und seine engsten Berater marschierten in einer Demonstration „Schulter an Schulter“ mit „bekannten Kameraden“ wie Heise, Tegethoff und Wulff. Eine „Demospitze von Parteienvertretern der NPD und DVU über Vertriebenenvertreter bis hin zu Vertretern freier Kräfte“, wie sie der „großartige Gedenkmarsch von Dresden“ im Februar gezeigt habe, sei das Bild, vor dem die „etablierten Machthaber Angst haben und welches bei denen schlimmste Befürchtungen für deren Zukunft“ aufkommen lasse.

Als weiteren positiv verlaufenen „Testfall für unsere gemeinsame Arbeit“ sahen die Verfasser die „außerordentlich gute Zusammenarbeit aller relevanten Kräfte im Norden“ anlässlich der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein. Die verschiedenen freien Kameradschaften hätten durch Kundgebungen, Info-Tische und Materialverteilung den Wahlkampf der NPD in Schleswig-Holstein „hervorragend“ unterstützt.

Die drei Neonazis zeichnen in ihrer Bilanz ein einseitiges, überwiegend positives Bild der „Volksfront“. Dabei blenden sie wesentliches Konfliktpotenzial aus oder verharmlosen es. So feiern sie die gemeinsame Teilnahme von Dr. Frey und führenden Neonazis an der Großdemonstration in Dresden als Erfolg der „Volksfront“, während sie die wiederholte Ablehnung einer Zusammenarbeit mit dem Neonazilager durch Dr. Frey unerwähnt lassen. Auch wird die Unterstützung der NPD durch Neonazis im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf erheblich übertrieben dargestellt.

### 2.9.2 Kameradschaft München

Am 2. April fand in München unter dem Motto „Nur ein Esel glaubt noch an den Sozialstaat in der BRD - Gegen soziale Ungerechtigkeit zur Wehr setzen!“ eine von dem Leiter der neonazistischen **Kameradschaft München** Norman Bordin angemeldete Demonstration statt. An der Veranstaltung nahmen rund 300 Personen des rechtsextremistischen Spektrums teil. Ansprachen hielten neben den Münchner Neonazis Norman Bordin und Hayo Klettenhofer auch Christian Worch aus Hamburg und der Vorsitzende des NPD-Bezirksverbands Oberbayern Roland Wuttke. Im Rahmen des musikalischen Programms traten neben der rechtsextremistischen Skinhead-Band „Act of Violence“ die Liedermacher Anett Moeck und Michael Müller auf. Gegen den Aufzug der Rechtsextremisten protestierten rund 6.000 Personen. Nach Abschluss der Gegenkundgebung versuchten etwa 2.500 Teilnehmer, darunter rund 150 gewaltbereite Linksextremisten, den Aufmarsch der Rechtsextremisten zu stören. Die Polizei nahm über 100 Personen, darunter zwölf Rechtsextremisten, vorübergehend fest.

Am 8. Mai beteiligten sich in München an einer von Norman Bordin angemeldeten Mahnwache unter dem Motto „Tag der Ehre, nicht Tag der Befreiung“ rund 65 Rechtsextremisten, darunter Aktivisten der **Kameradschaften Augsburg, München** und **Asgard Ratisbona** aus Regensburg. Etwa 1.100 politische Gegner störten die Veranstaltung durch lautstarke Proteste und Wurfgegenstände. Gegendemonstranten versuchten mehrmals, die polizeiliche Absperrung zu durchbrechen. Insgesamt wurden 29 Personen in Gewahrsam genommen, darunter zwei aus dem rechtsextremistischen Spektrum.

Die **AGENDA Dorfen** und die Initiative **Schöner Leben in Dorfen** sind seit Ende 2004 namentlich bekannt. Die dahinter stehenden Personen rekrutieren sich aus dem Umfeld der neonazistischen **Kameradschaft München** und der NPD. Ihr einziger Zweck ist die Koordination von rechtsextremistischen Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Jugendzentrum Dorfen. Eine derartige Versammlung wurde am 11. Dezember 2004 unter dem Motto „Kriminellen Banden keine Plattform bieten, schützt die Jugend vor linksfaschistischer Gewalt“ in Dorfen durchgeführt. Erst im Jahr 2005 fanden die Veranstaltungen größere Resonanz in der Öffentlichkeit.

### 2.9.3 Weitere neonazistische Kameradschaften

Seit Ende 2004/Anfang 2005 betätigen sich insbesondere in Oberbayern verschiedene kleinere rechtsextremistische Organisationen, die neu entstanden sind oder bisher kaum öffentlich in Erscheinung traten. Dazu gehört die bereits im Jahr 2001 gegründete Skinhead-Gruppierung **Division Oberland**. Die mangels Interesse zerfallene Gruppierung wurde im Jahr 2002 erneut ins Leben gerufen. Bis Ende 2004 beschränkten sich die Aktivitäten auf private Treffen, Skinhead-Partys im kleinen Rahmen und die Teilnahme an rechtsextremistischen Veranstaltungen. Erst seit Anfang 2005 entwickelt die Division Oberland öffentlichkeitswirksame Aktivitäten. Sie

setzt sich aus einer kleinen Gruppe führender Aktivisten und einer Anhängerschaft von 20 bis 30 Personen zusammen.

Die seit 2004 bekannte **Kameradschaft Augsburg** zählt etwa 15 Personen. Sie nahm an rechtsextremistischen Großereignissen, wie beispielsweise an dem „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch 2004“ und der Neonazi-Demonstration am 2. April in München unter dem Motto „Nur ein Esel glaubt noch an den Sozialstaat der BRD - Gegen soziale Ungerechtigkeit zur Wehr setzen!“ teil. Enge Kontakte bestehen zum „Augsburger Bündnis - Nationale Opposition“ und zur Kameradschaft München.

Die Kameradschaft **Weisse Wölfe** in Roding wurde erstmals im Jahre 2002 bekannt. Sie entwickelte im Jahr 2004 außer ihrem Auftritt im Internet kaum Aktivitäten mit Außenwirkung. Im März 2004 organisierte sie ein Skinhead-Konzert. Die ursprünglich kleine Gruppierung zeigt erst in jüngster Zeit sowohl personell als auch in ihren politischen Aktivitäten erkennbaren Zuwachs.

#### 2.9.4 Neonazistische Vorfälle

Bei den in Bayern registrierten neonazistischen, antisemitischen und rassistischen Straftaten (ohne Gewaltdelikte; vgl. dazu auch Nummer 2.10) handelte es sich vielfach um Sachbeschädigungen, Nötigung, Bedrohung, Volksverhetzung und insbesondere das Verbreiten von Propagandamitteln bzw. das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. So wurden Parolen wie „Heil Hitler“, „Sieg Heil“ und „Ausländer raus“ gerufen sowie antisemitische Pamphlete verbreitet. Anonyme Schmierschriften wurden vielfach in Verbindung mit Hakenkreuzen und SS-Runen angebracht. Unbekannte Täter verbreiteten im Internet zahlreiche E-Mails mit antisemitischen und fremdenfeindlichen Texten.

**Beispiele** für die im ersten Halbjahr 2005 verübten Straftaten sind auch folgende Vorfälle:

Am 15. Januar trafen sich rund 60 Skinheads in einer Gaststätte in Amberg. Die Polizei nahm drei Teilnehmer wegen Volksverhetzung und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen vorübergehend fest. Ein Beschuldigter hatte ein T-Shirt mit aufgedruckter „Wolfsangel“ (Kennzeichen der verbotenen „Jungen Front“), ein weiterer ein T-Shirt mit der Aufschrift „Stop the Holocaust Industry“ getragen. Darunter befand sich die Abbildung eines männlichen Kopfs mit jüdischer Kopfbedeckung (Kippa) sowie einer Pistole mit dem Text „9 mm for reparation“.

Unbekannte Täter beschmierten am 20. Januar in einem Mietshaus in München die Wand eines Aufzugs mit den Worten „Nur ein toter Jude ist ein guter Jude“.

Ende Januar wurden in den S-Bahnhöfen Maisach und Olching, Landkreis Fürstenfeldbruck, die Wände einer Sitzgruppe und eines Windfangs mit Hakenkreuzen und den Worten „Scheiß Türken“ und „Türken und Juden sind gutes Brennmaterial“ beschmiert.

In dem ins Internet eingestellten Gästebuch der Gemeinde Wörnitz, Landkreis Ansbach, fand sich im Februar folgender Eintrag:

*„Wussten sie, dass ALLE KAPITALISTEN - Presse - Fernsehen (gesamte Medien) - Politiker - Richter - Staatsanwälte - Psychologen - der BRD Juden sind, 60 % um Stalin und 90 % um Hitler Juden waren? Dass Hitlers Juden die*

*ganzen unschuldigen Juden ermordeten? Dass die jüdische Warburg-Rot-schild Bank Hitler finanzierte und George Bush? Sind die Juden von Opel, VW, Krupp, IG-Farben, BASF usw. nicht noch reicher geworden durch den Brudermord?“*

Am 8. März rief ein 17-jähriger Schüler im Klassenzimmer seiner Schule in München mehrfach „Sieg Heil“ und stiftete seine Mitschüler zur Nachahmung an. Sein Federmäppchen war mit einem Hakenkreuz bemalt. Seinem Lehrer drohte er an, ihn ermorden zu lassen, und sprach von einem Amoklauf in der Schule.

Am 21. März durchsuchte die Polizei in Gerolzhofen, Landkreis Schweinfurt, die Wohnung von zwei Rechtsextremisten und stellte eine an der Wand angebrachte, von der Straße aus sichtbare Hakenkreuzfahne sicher.

Im April hängten unbekannte Täter in Schnaittach, Landkreis Nürnberger Land, in der Nähe des Rathauses sechs DIN-A5-Exemplare mit folgenden ausländerfeindlichen Parolen an verschiedenen Stellen auf:

*„Deutsche wehrt euch. Ausländer sind unser Unglück. Jede zweite Straftat wird von Ausländern begangen. Betrügereien, Geldfälschung, Schleuserbanden, Schmuggel, Überfälle, Sozialbetrug, Arbeitslosengeldbetrug. Deutsche wehrt euch endlich dagegen. Mehr Arbeit, mehr Geld für Rentner, mehr Wohnraum, billigere Mieten. Deutsche Geschäfte blühen wieder auf. Deutschland braucht keine Abzocker vom Ausland. Ausländer sind unser Unglück. Deutsche wehrt euch.“*

Unbekannte Täter beschmierten Mitte Mai in München eine Schaufensterscheibe mit einem Davidstern und der Parole „Kauft nicht bei Juden“.

Anfang Juni erhielten mehrere bayerische Polizeidienststellen E-Mails aus den USA in englischer Sprache unter dem Betreff „Stop Coddling The Jews“ (Stoppt die Verhätschelung der Juden). Der unter einem Pseudonym auftretende Verfasser bezeichnete den Holocaust als eine von Deutschland vollstreckte Strafe Gottes für Verfehlungen des jüdischen Volks. Hitler habe zutreffend erklärt, dass ein Sieg der Juden das Ende der Humanität bedeuten würde.

In der Nacht zum 12. Juni nahm die Polizei in München vier Rechtsextremisten fest, die „Sieg Heil“ gerufen und den Hitlergruß gezeigt hatten. Die Betroffenen gehörten zu einer Gruppe von rund 60 Neonazis, die zuvor in Wolfratshausen den Geburtstag eines Gesinnungsgenossen gefeiert hatten und dann mit der S-Bahn nach München gefahren waren. Unter den aggressiv auftretenden Teilnehmern der Feier befanden sich zahlreiche Mitglieder der neonazistischen **Kameradschaft München** und deren Anführer Norman Bordin.

## 2.10 Rechtsextremistische Gewalttaten

### 2.10.1 Überblick

Im ersten Halbjahr 2005 wurden insgesamt 25 Gewaltdelikte mit rechtsextremistischer Motivation verübt (Vergleichszeitraum 2004: 27 Gewaltdelikte). 13 der Gewaltdelikte waren Skinheads zuzurechnen; von den insgesamt bisher ermittelten 60 Tatverdächtigen gehören 37 der Skinhead-Szene an. Bei sechs der 25 Gewaltdelikte konnten noch

keine Täter ermittelt werden. 13 der Beschuldigten gehören der Altersklasse von 14 bis 16 Jahren an, 28 Beschuldigte der Altersklasse von 17 bis 21 Jahren, 19 Beschuldigte waren über 21 Jahre alt. Von den ermittelten 60 Tatverdächtigen waren neun weiblich; 31 Beschuldigte wurden erstmals straffällig.

### 2.10.2 Einzelne Gewaltdelikte

Ein 22-jähriger Skinhead rief am 24. Januar in der Bahnhofshalle in Dießen a.Ammersee mehrmals „Heil Hitler“. Als er von einem Passanten auf sein Fehlverhalten angesprochen wurde, schlug der Skinhead diesem mit der Faust ins Gesicht, so dass der Geschädigte Gesichtsverletzungen erlitt. Einer weiteren Passantin, die schlichtend eingreifen wollte, versetzte er eine Ohrfeige.

Ebenfalls im Januar trat ein Mitglied aus der **Kameradschaft Niederbayern/Oberpfalz** aus und wechselte zur **Kameradschaft Asgard Ratisbona**. Da dieses Verhalten einigen Mitgliedern der Kameradschaft Niederbayern/Oberpfalz missfiel, planten sie eine Bestrafungsaktion und führten diese in bandenartiger Manier durch. Unter Einsatz von Schlägen und eines Schlagstocks raubten sie mehrere persönliche Gegenstände wie Springerstiefel und scene-übliche Fahnen und zerschlugen in der Wohnung Geschirr sowie einen größeren Spiegel. Das Opfer wurde damit bedroht, falls es den Vorfall der Polizei melde, würde man jemanden besorgen, der ihn erschieße. Außerdem wurde er mit den Worten „Hurensohn“, „Drecksau“ und „kommunistisches Judenschwein“ beschimpft.

Ein 20-jähriger Sympathisant der Skinhead-Szene im Raum Aschaffenburg geriet am 5. Februar in Schneeberg, Landkreis Miltenberg, in alkoholisiertem Zustand in einer Gaststätte mit dem griechischen Gastwirt in Streit. Er stieß den Wirt gegen einen Tisch, so dass sich dieser nicht unerheblich verletzte. Dann zeigte der Täter den Hitlergruß, rief „Sieg Heil!“ und beschimpfte das Wirtsehepaar mit ausländerfeindlichen Parolen.

Am 8. Februar unterhielt sich in Höchstadt a.d.Aisch ein 23-jähriger Rechtsextremist lautstark mit einer weiteren männlichen Person. Als ein 26-jähriger Deutscher auf dem Heimweg hinzukam, wurde er in ein Gespräch verwickelt. Daraufhin kam es zu einer Rangelei, in deren Verlauf der Passant mit „Judensau“ beleidigt und von beiden Tätern geschlagen wurde. Eine Passantin konnte durch ihr Eingreifen die Schlägerei beenden. Der Angegriffene erlitt Gesichtsverletzungen.

In Steinhöring, Landkreis Ebersberg, schlugen am 11. Februar zwei 15-jährige Sympathisanten der rechtsextremistischen Szene gemeinsam auf einen gleichaltrigen deutschen Schüler ein. Danach äußerten sie, dass der Schüler die Schläge verdient habe, da er kein Nazi sei.

Im Rahmen einer Tanzveranstaltung in Waischenfeld, Landkreis Bayreuth, traf ein Besucher am 27. Februar in der Herrentoilette auf zwei dem äußeren Erscheinungsbild nach der Skinhead-Szene zugehörige Männer. Dort wurde er von einem der beiden Männer mit den Worten „Du bist so eine langhaarige Zecke, du hast doch mit Sicherheit etwas gegen uns“ angesprochen und sofort mit Fäusten ins Gesicht geschlagen. Danach versuchte derselbe Täter, den Kopf des Opfers in die Toiletenschüssel zu drücken. Nachdem der Geschädigte stark aus der Nase blutete, ließ der Täter vom ihm ab und forderte ihn auf, noch zwei Minuten in der Toilette zu bleiben.



Im U-Bahnhof Münchner Freiheit packte am 15. März ein 21-jähriger Skinhead einen ebenfalls 21-jährigen Angehörigen der Punker-Szene an dessen Kleidung und versetzte ihm einen Kopfstoß. Der Punker stürzte zu Boden und zog sich Kopfverletzungen zu. Während des Angriffs wurde er angeblich von einem weiteren Beschuldigten als „Kommunistenschwein“ beschimpft. Täter und Opfer waren zur Tatzeit alkoholisiert.

Am 26. Mai wurde ein aus Nigeria stammender 25-Jähriger mit deutscher Staatsbürgerschaft, als er in Nürnberg an einem Kiosk vorbeiging, von mehreren dort stehenden Personen im Alter von 24 bis 32 Jahren mit den Worten „Ihr Neger, ihr habt in Deutschland nichts zu suchen!“ beschimpft. Als er weitergehen wollte, wurde er von fünf Personen verfolgt und von einem der Verfolger mit einer herumstehenden Warnbake geschlagen. Des Weiteren wurde er von einem der Täter mit den Worten „Nigger, ich werde dich umbringen! Dein Leben ist in Deutschland nichts wert!“ beschimpft und mit einem Fußtritt in den Bauch attackiert.

## 2.11 Exekutivmaßnahmen und Urteile

Das Bayerische Oberste Landesgericht verurteilte am 4. Mai Martin Wiese und drei weitere Angehörige des „inneren Führungszirkels“ der ehemaligen **Kameradschaft Süd-Aktionsbüro Süddeutschland (AS)** wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu mehrjährigen Freiheitsstrafen. Wiese erhielt wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung sowie wegen mehreren Waffendelikten eine Freiheitsstrafe von sieben Jahren. Die drei anderen Angeklagten wurden zu Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren und drei Monaten und fünf Jahren und neun Monaten verurteilt. Hier bildete das Gericht aufgrund früherer Delikte eine Gesamtstrafe; einer der Beschuldigten wurde nach dem Jugendstrafrecht verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die vier Verurteilten einer terroristischen Vereinigung angehörten, deren Ziel es war, eine gewaltsame Revolution herbeizuführen. Neben Billigung und Unterstützung eines geplanten Sprengstoffanschlags auf die Grundsteinlegung des jüdischen Gemeindezentrums am 9. November 2003 in München hätten sie sich auch illegal Waffen und Sprengstoff beschafft. Während Wiese und ein weiterer Verurteilter während des mehr als fünfmonatigen Prozesses lediglich Waffendelikte eingeräumt, den Anschlagplan indessen bis zum Ende des Prozesses bestritten haben, hatten die beiden anderen Verurteilten Geständnisse abgelegt.

Bereits am 5. April hatte das Bayerische Oberste Landesgericht gegen fünf Mitglieder des ehemaligen AS Freiheitsstrafen auf Bewährung zwischen 16 und 22 Monaten verhängt. Drei Frauen und ein Mann wurden nach Jugendstrafrecht wegen Mitgliedschaft in einer rechtsextremistischen terroristischen Vereinigung verurteilt, deren Ziel es war, eine gewaltsame Revolution herbeizuführen. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass sie den geplanten Sprengstoffanschlag auf die Grundsteinlegung des jüdischen Gemeindezentrums gebilligt und unterstützt hatten. Das Gericht betonte, dass die Angeklagten zwar an der Gesamtwillensbildung beteiligt waren, die Führerschaft des in einem weiteren Verfahren beschuldigten Neonazi Martin Wiese aber unumstritten gewesen sei. Ein weiterer Angeklagter aus Brandenburg wurde wegen Beihilfe zum unerlaubten Erwerb sowie Besitz von Waffen und Sprengstoff schuldig gesprochen. Sowohl die Entscheidungen vom 5. April wie auch vom 4. Mai sind inzwischen rechtskräftig.

Das Landgericht Berlin verurteilte am 12. Januar den Rechtsextremisten **Horst Mahler** wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten ohne Bewährung. Mahler hatte im September 2002 während einer Pressekonferenz in den Räumen der

NPD-Parteizentrale in Berlin-Köpenick einen Schriftsatz an Journalisten verteilen lassen, in dem er als Prozessvertreter der NPD im Rahmen des Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht den Hass auf Juden als „untrügliches Zeichen eines intakten spirituellen Immunsystems“ bezeichnete. Das Landgericht befand, Mahler habe die Menschenwürde jüdischer Mitbürger verletzt. Sein Verhalten sei gefährlich, weil es die „intellektuelle Rechtfertigung für dumpfe Gemüter der rechts-extremen Szene“ biete. Darüber hinaus habe er auch im Prozess „verbohrt und uneinsichtig“ an seiner Ideologie festgehalten. In dem seit Februar 2004 anhängigen Prozess hatte Mahler ebenfalls antisemitische und revisionistische Hetze betrieben, so dass die Staatsanwaltschaft eine weitere Anklage wegen Volksverhetzung vor dem Landgericht Berlin erhoben hat.

Der in Kanada lebende Revisionist **Ernst Zündel** wurde am 1. März aufgrund einer Entscheidung des Bundesgerichts in Ottawa nach Deutschland abgeschoben. Die Staatsanwaltschaft Mannheim führt gegen ihn seit 1996 ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Volksverhetzung und anderer Straftaten. Gegenstand des Verfahrens sind Veröffentlichungen auf Zündels Homepage und in den von ihm herausgegebenen „Germania“-Rundbriefen. Aufgrund eines Haftbefehls vom 17. Februar 2003 wurde Zündel nach seiner Ankunft in Deutschland festgenommen und am 2. März dem Haftrichter vorgeführt. Seitdem befindet er sich in Untersuchungshaft.

Der Bundesgerichtshof bestätigte am 10. März das Urteil des Kammergerichts Berlin gegen die **Skinhead-Band Landser**, gegen das der Bandführer und Sänger Michael Regener alias Lunikoff Revision eingelegt hatte. Das Berliner Gericht hatte am 22. Dezember 2003 drei Mitglieder der Landser u.a. wegen Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt. Nach Auffassung des Bundesgerichtshofs handelt es sich bei der rechtsextremistischen Musikgruppe um eine kriminelle Vereinigung, da deren Zweck auf das Begehen von Straftaten wie Volksverhetzung, Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen und Verunglimpfung des Staates ausgerichtet gewesen sei. Michael Regener ist in der rechtsextremistischen Musik-Szene weiterhin aktiv und außerdem seit Herbst 2004 Mitglied der NPD.

Am 12. März wurde in Kochel a.See das Vereinsheim der **Skinhead-Kameradschaft Division Oberland** durchsucht. Dort wollten 37 Skinheads aus Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und der Schweiz an einem Skinhead-Konzert teilnehmen. Die Polizei stellte u.a. Tonträger mit rechtsextremistischen Inhalten, Bekleidungsstücke mit strafrechtlich relevanten Aufnähern, umfangreiches NPD-Werbematerial sowie eine Hakenkreuzfahne sicher und leitete Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Volksverhetzung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ein.

Das Landgericht Nürnberg-Fürth verurteilte am 6. April den Neonazi **Gerhard Ittner** in Abwesenheit wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Staates und Beleidigung zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und neun Monaten. Ittner hatte bei einer von ihm selbst organisierten Demonstration am 6. September 2003 in Nürnberg gegen die Bundesrepublik Deutschland gehetzt sowie den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Nürnberg und den Rechtsreferenten der Stadt Nürnberg beleidigt. Der über die Neonazi-Szene hinaus bekannte Ittner ist ein fanatischer Hitler-Verehrer, der aufgrund seiner überaus aggressiven Fremdenfeindlichkeit aus der DVU und später auch aus der NPD ausgeschlossen wurde. Er trat bei einer Vielzahl von Veranstaltungen der NPD sowie der Neonazi-Szene als Referent auf. In seinen zahlreichen Veröffent-

lichungen leugnete er den im Dritten Reich begangenen Völkermord an Juden und verunglimpfte mehrmals staatliche Institutionen. Er war seit dem 29. März nicht mehr zu den Verhandlungsterminen erschienen und ist seitdem flüchtig.

Wegen des Verdachts von Verstößen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz durchsuchte die Polizei am 27. April in drei Bundesländern und in Österreich mehrere Wohnungen von Mitgliedern des „Europäischen Darstellungsverins für Lebendige Geschichte“ (**EDLG**), davon sechs Objekte in Bayern. Aufgrund der ersten Ergebnisse erfolgten in Bayern Anschlussdurchsuchungen in drei weiteren Objekten. Die Polizei nahm insgesamt vier Personen fest und stellte umfangreiches Beweismaterial sicher, darunter funktionsfähige Waffen, Munition und Sprengstoff sowie Uniformen und Propagandamaterial. Bereits am 25. November 2004 hatte die Polizei bei EDLG-Mitgliedern in Nordrhein-Westfalen und Hamburg Waffen und Munition in großem Umfang beschlagnahmt. Der 1995 in Nordrhein-Westfalen gegründete EDLG versteht sich als Mitgliedsorganisation der globalen „Re-Enactment Bewegung“, deren Ziel es ist, mit möglichst originalgetreuen Uniformen und Ausrüstungsgegenständen historische Schlachten nachzustellen. Der Verein hat sich insbesondere die Waffen-SS zum Vorbild genommen und tritt vorzugsweise als die 1. Kompanie des 3. Panzergrenadier-Regiments der Division „Leibstandarte SS Adolf Hitler“ (LAH) auf. Da es in Deutschland strafbar ist, Uniformen mit SS-Emblemen in der Öffentlichkeit zu tragen, führen Vereinsangehörige ihre „Darstellungsübungen“ überwiegend im Ausland - insbesondere in Tschechien und in der Slowakei, aber auch in den Niederlanden - durch. Der nicht eingetragene Verein hat in elf Bundesländern sowie im benachbarten Ausland insgesamt etwa 100 Mitglieder. Davon sind etwa 20 bis 30 Personen einer „rechtsextremistischen Plattform“ zuzurechnen, die neonazistisches Gedankengut vertritt und versucht, dieses auch zu verbreiten.

Am 10. Mai durchsuchte die Polizei in der Stadt und im Landkreis Regensburg, in den Landkreisen Amberg und Kelheim sowie in Dornstadt/Baden-Württemberg die Wohnungen von 13 Mitgliedern der neonazistischen **Kameradschaft Niederbayern/Oberpfalz**. Hintergrund für diese Durchsuchungsaktion waren drei Haftbefehle und 14 Durchsuchungsbeschlüsse, die wegen schweren Raubs bzw. Verstößen gegen das Versammlungsgesetz erlassen worden waren. Dabei wurden neben dem Raubgut auch nach dem Waffengesetz verbotene Gegenstände und Devotionalien gefunden, die eine rechtsextremistische Gesinnung belegen. Bei dem zugrunde liegenden schweren Raub handelte es sich um eine „Bestrafungsaktion“ gegen ein früheres Mitglied der Kameradschaft, das sich einer anderen Gruppierung angeschlossen hatte (vgl. auch Nummer 2.10.2). Die seit Anfang 2005 bekannte Kameradschaft umfasst rund 20 Personen aus dem Raum Regensburg. Ein Teil der Mitglieder hat sich bereits wegen Raubes, Körperverletzung, Verstößen gegen das Waffengesetz und Propagandadelikten strafbar gemacht.

### 3. LINKSEXTREMISMUS

Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) hat sich anlässlich eines Sonderparteitags am 17. Juli in Berlin in „Die Linkspartei.PDS“ umbenannt; damit wurde der Weg für ein Linksbündnis mit der Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative“ (WASG) geebnet. Ein programmatischer Wandel war damit nicht verbunden. Die PDS fühlt sich weiterhin dem „Internationalismus“ verpflichtet, der im klassischen ideologischen Sinn als weltweite Solidarität im Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus verstanden wird. Dabei hat die Solidaritätsarbeit der PDS für Kuba große Tradition und knüpft an die Beziehungen der früheren DDR zu Kuba an.

Der Bundesparteitag der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) im Februar offenbarte, dass die Parteiführung deutlich an Akzeptanz verloren hat. Gleichzeitig zeigte sich erneut, dass die DKP an ihrer ideologischen Ausrichtung unverändert festhält. Die DKP sieht in einem Wahlbündnis von PDS und WASG einen geeigneten Kooperationspartner und verzichtet im Hinblick auf die vorgezogene Bundestagswahl auf die Aufstellung eigener Landeslisten.

An den Protesten gegen die Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik beteiligten sich weniger Linksextremisten als im Jahr davor; einige Aktionen waren jedoch wesentlich aggressiver. Zu teilweise massiven Störungen kam es auch im Zusammenhang mit der Gedenkfeier des „Kameradenkreises der Gebirgstruppe e.V.“ in Mittenwald und Umgebung. Die traditionellen Ostermärsche verloren weiter an Zugkraft.

Im Zusammenhang mit dem Versammlungsgeschehen verübten militante Linksextremisten mit 18 Gewalttaten einen Großteil der im ersten Halbjahr registrierten 47 Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund. Die übrigen linksextremistisch motivierten Gewalttaten standen fast ausschließlich im Zusammenhang mit Gegendemonstrationen zu Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisatoren. 27 Gewalttaten lag eine anti-faschistische Motivation zugrunde.

#### 3.1 Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

##### 3.1.1 Außerordentliche Tagung des 9. Parteitags

Anlässlich einer Außerordentlichen Tagung des 9. Parteitags der PDS am 17. Juli in Berlin stimmten 74,6 % der gewählten Delegierten der Umbenennung in „Die Linkspartei.“ zu, wobei die Partei auf Bundesebene und in einzelnen Landesverbänden die Zusatzbezeichnung „PDS“ führt. Im Parteistatut wurde als Kurzbezeichnung für die Linkspartei „Die Linke.“ ebenfalls mit dem Zusatz „PDS“ festgelegt. Die nach dem Statut notwendige Mehrheit von zwei Dritteln der gewählten Delegierten wurde damit klar übertroffen. Dadurch ist der Weg frei für das angestrebte Linksbündnis mit der WASG, deren Mitglieder am 15. Juli in einer Urabstimmung mit 81,8 % dem Bündnis und somit dem gemeinsamen Auftreten auf Linkspartei-Listen bei der vorgezogenen Bundestagswahl zugestimmt hatten. Vertreter von PDS und WASG hatten sich am 30. Mai erstmals zu Verhandlungen über ein Bündnis zur Bundestagswahl getroffen.

Der PDS-Vorsitzende Prof. Dr. Lothar Bisky hatte die Delegierten des Sonderparteitags zuvor aufgerufen, die Chance zu einem „zweiten Aufbruch der Partei“ zu nutzen. Der „großen Koalition des Abbaus von Demokratie und Sozialstaatlichkeit“ müsse eine starke linke Kraft entgegengestellt werden. Mehrere Redner, darunter auch Sahara

Wagenknecht - PDS-Europaabgeordnete, Mitglied des Parteivorstands und des Bundeskoordinierungsrats der Kommunistischen Plattform der PDS (KPF) - hatten verlangt, das Kürzel PDS als festen Bestandteil und nicht nur als Zusatz beizubehalten. Delegierte aus westlichen Landesverbänden dagegen bestätigten, dass es für den Wahlkampf hilfreich sei, wenn man auf die im Westen schwer vermittelbare Bezeichnung PDS verzichten und nur als Linkspartei antreten könne.

Das Bündnis zur Bundestagswahl bedeutet keine politische Neuausrichtung der Partei „Die Linke.PDS“. Das Parteiprogramm behält weiterhin - auch nach der Bundestagswahl - Gültigkeit; somit bleibt das von der PDS angestrebte Ziel der Sozialismus. Mit der gemeinsamen Kandidatur zur Bundestagswahl verfolgt die PDS-Führung offenbar nur die Absicht, ihre Wahlchancen deutlich zu erhöhen. Mit dem Sonderparteitag wurde zugleich die Debatte über den Entwurf des Wahlprogramms der Linkspartei eröffnet, über den ein weiterer Parteitag am 27. August 2005 entscheiden soll.

### 3.1.2 Solidarische Verbundenheit mit der kubanischen Revolution

Der Parteivorstand der PDS hat nach einem im PDS-Pressedienst Nummer 23 vom 10. Juni abgedruckten Bericht auf seiner Sitzung am 23. Mai beschlossen, in der zweiten Novemberhälfte 2005 eine offizielle und repräsentative Delegation nach Kuba zu entsenden. Mit der Reise werde „die politische Aufgabenstellung konkretisiert, eine politische Signalwirkung in Bezug auf die solidarische Verbundenheit der PDS mit der kubanischen Revolution auszudrücken“. Die Kommunistische Partei Kubas habe den PDS-Beschluss mit Aufmerksamkeit aufgenommen und zum Ausdruck gebracht, dass sie einem solchen Besuch der PDS große Bedeutung beimesse.

### 3.1.3 Teilnahme an Wahlen

Die PDS musste bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 20. Februar Stimmenverluste bei den Zweitstimmen hinnehmen. Nach dem amtlichen Endergebnis erzielte die Partei landesweit 0,8 % der Zweitstimmen (= 11.392 Wählerstimmen) gegenüber 1,4 % (= 20.066 Stimmen) bei der Landtagswahl im Jahr 2000. Sie verfehlte damit wiederum deutlich den von ihr angestrebten Einzug in ein westdeutsches Landesparlament. Bei den Erststimmen verzeichnete die PDS hingegen einen leichten Zugewinn auf 0,5 % (= 6.826 Wählerstimmen) gegenüber 0,3 % (= 3.868 Stimmen) im Jahr 2000. Die PDS hatte Kandidaten in neun von vierzig Wahlkreisen aufgestellt.

Auch bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai verlor die PDS deutlich an Stimmen. So vereinte sie lediglich 72.989 Wähler auf sich, was einem Stimmenanteil von 0,9 % entspricht. Bei der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2000 hatte die PDS noch 79.934 Wählerstimmen (= 1,1 %) erhalten. Die Partei führte ihr diesjähriges schlechtes Ergebnis einerseits auf die hohe Wahlbeteiligung zurück, andererseits sei es der neuen Partei WASG als konkurrierende Partei gelungen, linksorientierte Wähler für sich zu gewinnen.

### 3.1.4 Landesparteitage der PDS Bayern

Der bayerische Landesverband der PDS veranstaltete am 26. Februar einen Landesparteitag in Regensburg. Auf der Tagesordnung standen u.a. die turnusgemäße Neuwahl des Landesvorstands und der Bundesparteiratsmitglieder. Als gleichberechtigte Landessprecher wurden die ehemalige Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter sowie Reinhold Rückert in ihren Ämtern bestätigt. Einer im Internet veröffentlichten

Pressemeldung zufolge will der PDS Landesverband Bayern mit dem neuen Landesvorstand die Vorbereitungen zur nächsten Bundestagswahl einleiten. Die Landesmitgliederversammlung war sich darüber einig, gemeinsam mit dem Bundesvorstand der PDS für eine Volksabstimmung zur EU-Verfassung zu mobilisieren.

Am 23. Juli beschloss die PDS-Landesmitgliederversammlung in Ingolstadt, sich in „Die Linkspartei.PDS Landesverband Bayern“ umzubenennen. An diesem Landesparteitag nahmen im Hinblick auf die Aufstellung einer gemeinsamen bayerischen Kandidatenliste für die vorgezogene Bundestagswahl auch Mitglieder der WASG als nicht stimmberechtigte Gäste teil. Auf den Spitzenplatz der Landesliste „Linkspartei“ wurde das Mitglied des Bundesvorstands der WASG Klaus Ernst aus Schweinfurt gewählt. Auf Platz 2 der Liste wurde die Landessprecherin und ehemalige PDS-Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter ohne Gegenkandidaten mit 73 von 81 Stimmen berufen. Zu einem Eklat kam es, als der WASG-Landeschef Fritz Schmalzbauer mit seiner Bewerbung um Listenplatz 4 nach einem Streit durchfiel.

### 3.1.5 Bundesdelegiertenkonferenz des Jugendverbands [‘solid]

An der 6. Bundesdelegiertenkonferenz des PDS-nahen Jugendverbands [‘solid] vom 11. bis 13. März in Frankfurt am Main nahmen nahezu 100 Delegierte aus den 15 Landesverbänden teil. Im Mittelpunkt des Treffens stand neben der turnusgemäßen Neuwahl des BundessprecherInnenrats - des höchsten Organs des Jugendverbands zwischen den Bundesdelegiertenkonferenzen - die Verabschiedung des Leittrahgs mit dem Titel „Gegen den Strom! Aufmucken gegen rechte Zustände! Für eine junge, radikale Offensive von links“. Die Teilnehmer betonten ihr „antifaschistisches und anti-kapitalistisches Engagement“, das bereits im CD-Projekt „aufmucken gegen rechts“ - einer Verteilaktion von antifaschistischen CDs vor Schulen - sowie in weiteren Beschlüssen zum Ausdruck gekommen war. Einen weiteren Themenschwerpunkt bildete der Verfassungsentwurf der EU. Als Gast der Konferenz sprach sich der auf der PDS-Liste gewählte Europaabgeordnete Tobias Pflüger für eine Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags aus, da dieser von Neoliberalismus und Militarismus geprägt sei. Die Konferenz forderte in einer EntschlieÙung die PDS auf, bei ihrer Ablehnung des Entwurfs zu bleiben.

## 3.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

### 3.2.1 17. Bundesparteitag

Die DKP veranstaltete ihren 17. Bundesparteitag am 12. und 13. Februar in Duisburg. Neben der Neuwahl des auf nunmehr 40 Mitglieder vergrößerten Bundesvorstands standen die Verabschiedung einer „Politischen Erklärung“ sowie der „Handlungsorientierung 2005/2006“ im Vordergrund des Parteitags. Die 167 Delegierten bestätigten den Bundesvorsitzenden Heinz Stehr sowie seine Stellvertreter Rolf Priemer und Prof. Dr. Nina Hager in ihren Ämtern, auch wenn alle drei Funktionäre weniger Stimmen bekamen als beim letzten Parteitag im Jahr 2002. In den erweiterten Bundesvorstand, dem nun 19 Frauen und 21 Männer angehören, wurden selbst Kritiker der Parteiführung gewählt, die rügten, dass es in der vorgelegten „Politischen Erklärung“ an einem „klaren kommunistischen Profil“ fehle. Der DKP-Bundesvorsitzende Heinz Stehr stellte in seiner Rede fest, dass der Kampf gegen Arbeitsplatz- und Standortvernichtung, gegen Kriegspolitik und gegen die EU-Verfassung an Bedeutung gewonnen habe. Die Partei müsse sich daher verstärkt auf soziale Bewegungen und betriebliche Kämpfe konzentrieren.

Die Delegierten des Parteitags begrüßten Vertreterinnen und Vertreter von insgesamt 18 kommunistischen Parteien, die sich bereits am Vortag des DKP-Parteitags zu einem Erfahrungs- und Meinungsaustausch im Rahmen einer „Internationalen Konferenz kommunistischer Parteien“ getroffen hatten. Dabei ging es auch um die Suche nach Wegen für eine stärkere Kooperation der Kommunisten auf internationaler Ebene.

### 3.2.2 Tagung des Parteivorstands

Im Hinblick auf die möglicherweise im Herbst anstehende Bundestagswahl berief der Parteivorstand der DKP seine 3. Tagung am 9. und 10. Juli in Essen ein und beschloss eine „Position der DKP zur Bundestagswahl 2005“, mit der die DKP und ihre Kandidaten eigenständig in den Wahlkampf eingreifen können. Die DKP wird zur Bildung eines linken Wahlbündnisses aufrufen, das über PDS und WASG hinausgeht und Vertreterinnen und Vertreter anderer Organisationen - unter Einschluss der DKP -, sozialer Bewegungen und Einzelpersonlichkeiten umfasst. In die Gespräche mit PDS und WASG sollten Vorschläge für Kandidatinnen und Kandidaten aus den Reihen der DKP auf Landes- und Ortsebene eingebracht werden. Die DKP wird keine Landeslisten in Konkurrenz zu dem Wahlbündnis aufstellen. Zum Stellenwert der DKP stellte der Parteivorsitzende Heinz Stehr fest:

*„Die DKP ist eine Partei des wissenschaftlichen Sozialismus. Sie (ist) orientiert auf die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt zur Durchsetzung einer sozialistischen/kommunistischen Zukunft. Eine hoffentlich bald stärkere und einflussreichere Kraft wird dringend benötigt, sowohl als Partner in der Linken, aber auch als Kraft, die für eine Zukunft jenseits des Kapitalismus, im Sozialismus, kämpft.“*

### 3.2.3 14. Pressefest des DKP-Zentralorgans „Unsere Zeit“ (UZ)

Die DKP und die sozialistische Wochenzeitung UZ veranstalteten unter dem Motto „Solidarisch kämpfen! Sozial'is'muss!“ vom 24. bis 26. Juni in Dortmund ihr 14. UZ-Pressefest - Volksfest der DKP. Das Programm umfasste zahlreiche Diskussionsforen und Gesprächsrunden zu Themen wie „Bundestagswahl 2005“, „Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze - gemeinsam gegen Sozialklauf und Kriegspolitik“ und „Bunt statt braun - gegen Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus“. Zu der Veranstaltung sollen während der drei Tage rund 20.000 Gäste erschienen sein. Aus dem Ausland waren Vertreter von 22 kommunistischen und anderen revolutionären Parteien angereist.

### 3.2.4 Teilnahme an Wahlen

Bei der am 20. Februar in Schleswig-Holstein durchgeführten Landtagswahl bekam die DKP landesweit 1.279 Zweitstimmen, was einem Anteil von 0,1 % entspricht. Wahlkreisandidaten hatte die DKP nicht aufgestellt.

An der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai beteiligte sich die DKP nicht.

## 3.3 Proteste gegen die 41. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik

Vom 11. bis 13. Februar fand in München die 41. Konferenz für Sicherheitspolitik statt, an der etwa 250 hochrangige Regierungs- und Militärvertreter sowie Rüstungsexperten - überwiegend aus den NATO-Staaten - teilnahmen. An den Protestaktionen gegen

diese Konferenz beteiligten sich neben Demonstranten aus dem demokratischen Spektrum auch zahlreiche Linksextremisten. Die Teilnehmerzahlen an den Protesten mit insgesamt rund 4.300 Personen - im Vorjahr waren etwa 6.000 Teilnehmer gezählt worden - blieben erneut hinter den Erwartungen der im Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz vereinten Gruppierungen zurück.

Höhepunkt der Proteste war am 12. Februar ein Aufzug unter dem Motto „Gegen die NATO-Kriegspolitik und das Treffen der Kriegsstrategen“, den der Linksextremist und maßgebliche Aktivist des Aktionsbündnisses Claus Schreer angemeldet hatte. Hieran beteiligten sich nahezu 3.500 Personen. An der Spitze und in der Mitte des Demonstrationzugs bildeten insgesamt rund 500 Autonome einen „internationalistischen Block“. Der vordere Block führte entgegen den Auflagen Seitentransparente mit sich und bewarf die Polizei aus dem Aufzug heraus mit Flaschen und Feuerwerkskörpern. Als die Polizei Demonstrationsmittel sicherstellte, wurden die Demonstrationsteilnehmer über ein mitfahrendes Lautsprecherfahrzeug aufgefordert, die Maßnahmen der Polizei zu unterlaufen. Es erfolgten 54 freiheitsentziehende bzw. freiheitsbeschränkende Maßnahmen - darunter 46 Festnahmen - durch die Polizei.

Als Reaktion auf den in autonomen Kreisen als „Bullenwillkür“ titulierten Polizeieinsatz meldete ein Linksextremist eine Spontandemonstration „Gegen Polizeigewalt und die Militarisierung der Gesellschaft“ für den 13. Februar in München an. An der Veranstaltung beteiligten sich etwa 160 Personen, die mehrheitlich dem autonomen Spektrum zuzuordnen waren. Ein Teil der linksextremistischen Demonstranten zog anschließend zum Münchner Marienplatz, um dort eine Mahnwache der rechtsextremistischen Gruppierung „Freundeskreis Demokratie Direkt München“ zu stören. Die massive Präsenz der Polizei verhinderte Ausschreitungen.

Im Verlauf der Protesttage führte die Polizei insgesamt 66 freiheitsentziehende bzw. freiheitsbeschränkende Maßnahmen - davon 49 Festnahmen - durch. Hintergrund waren überwiegend Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, aber auch Körperverletzungsdelikte, Widerstandshandlungen und versuchte Gefangenenerbefreiung.

### 3.4 **Proteste gegen das Pfingsttreffen des „Kameradenkreises der Gebirgstruppe e.V.“**

In Mittenwald, Landkreis Garmisch-Partenkirchen, beteiligten sich Linksextremisten an Protesten gegen die traditionelle, alljährlich an Pfingsten stattfindende so genannte Brendten-Feier des „Kameradenkreises der Gebirgstruppe e.V.“. Die Demonstrationsveranstaltungen fanden vom 13. bis 15. Mai unter dem Motto „Kriegsverbrecher unter dem Edelweiß - das Pfingsttreffen der Gebirgsjäger in Mittenwald - Endlich weg damit!!!“ statt. Neuere Geschichtsforschungen haben ergeben, dass ehemalige Gebirgsjäger - genauso wie andere frühere Militärteile - im Zweiten Weltkrieg an Kriegsverbrechen beteiligt waren; dies räumt der Traditionsverein auch ein.

Sowohl die Auftaktveranstaltungen am 13. Mai in Geretsried, Wolfratshausen und Garmisch-Partenkirchen mit jeweils bis zu 100 Teilnehmern als auch die zentralen Demonstrationen am 14. Mai in und um Mittenwald verliefen weitgehend störungsfrei. Hauptinitiator der Gegenveranstaltungen war der „Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege“, hinter dem im Wesentlichen die linksextremistisch beeinflusste Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) steht. Die Protestveranstaltungen am 14. Mai in Mittenwald begannen zu-



nächst mit einer Dauerkundgebung, an der rund 250 Personen teilnahmen. Diese Demonstranten bildeten später den Kern von vier Sternmärschen, an denen schließlich insgesamt etwa 400 Personen - darunter auch 20 Angehörige des gewaltbereiten Spektrums - teilnahmen. Die Aktivisten zeigten Transparente mit Aufschriften wie beispielsweise „Gebirgsjäger Yetifutter“, „Die Wehrmacht marschiert“ und „NS-Renten stoppen, NS-Offiziere enteignen, Zwangsarbeiter entschädigen jetzt“ sowie Fahnen der VVN-BdA und Fahnen mit Abbildungen von Hakenkreuzen, die von einer Faust zerschlagen werden. Die Teilnehmer aller Sternmärsche trafen in der Folge zu einer gemeinsamen Kundgebung zusammen. Danach formierte sich ein zentraler Aufzug, an dem insgesamt rund 450 Demonstranten teilnahmen. Zum Abschluss hielt der auf der PDS-Liste gewählte Europaabgeordnete Tobias Pflüger eine Rede über die „Verbrechen der Wehrmachtsangehörigen des Dritten Reichs“.

Am 15. Mai kam es in Mittenwald und Umgebung zu massiven Störungen durch Anhänger des linksextremistischen Spektrums. Diese versuchten, auf verschiedenen Wegen auf den Hohen Brendten zu gelangen, um den dort stattfindenden Gedenkgottesdienst der „Kameradschaft der Gebirgstruppe e.V.“ zu stören. Die Polizei erteilte 35 Platzverweise; 147 Personen wurden in Gewahrsam und 14 Personen festgenommen. Die Gedenkfeier des „Kameradenkreises der Gebirgstruppe e.V.“ endete ohne Störungen.

### 3.5 Ostermärsche

Die traditionellen Ostermärsche fanden in der Zeit vom 26. bis 28. März statt. Dabei griffen die Veranstalter vorrangig die Themen „Demokratie und soziale Gerechtigkeit - ein anderes Europa ist möglich“, „Abrüstung statt Sozialabbau“ und - wie in den Vorjahren - den „Irak-Krieg“ auf.

In Bayern wurden insgesamt sechs Ostermarsch-Demonstrationen mit rund 1.800 Teilnehmern durchgeführt; im Vorjahr konnten zu den Veranstaltungen noch etwa 2.300 Personen mobilisiert werden. Damit setzte sich in Bayern der Bedeutungsverlust der Ostermärsche fort. Die größte Ostermarsch-Veranstaltung in Bayern führte am 28. März das „Nürnberger Friedensforum“ durch. Zur Abschlusskundgebung vor der Nürnberger Lorenzkirche fanden sich nahezu 800 Demonstranten ein, darunter neben Teilnehmern aus dem demokratischen Spektrum auch Mitglieder bzw. Anhänger der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) und der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS).

In München fanden am 26. März eine Versammlung auf dem Marienplatz, eine Auftaktkundgebung auf dem „Platz der Opfer des Nationalsozialismus“ und ein anschließender Aufzug zum Marienplatz statt. An der gemeinsamen Schlusskundgebung auf dem Marienplatz nahmen bis zu 400 Personen teil, darunter auch Mitglieder und Sympathisanten der DKP, der DKP-nahen Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) sowie der links-extremistisch beeinflussten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA). Linksextremisten nutzten diese Veranstaltung ferner zur Mobilisierung gegen den Neonazi-Aufmarsch am 2. April in München.

### 3.6 Autonome

Ziel der Autonomen ist die gewaltsame Zerschlagung des Staates und die Errichtung einer ihrer Ideologie entsprechenden „herrschaftsfreien Gesellschaft“. Über eine Reihe

von Aktionsthemen versuchen sie, diesem Ziel näher zu kommen; sie nutzen dabei aktuelle politische Themen für ihre Zwecke. Durch ihre Teilnahme an Aktionen, die auch bei demokratischen Gruppen Zustimmung finden, versprechen sie sich mehr Akzeptanz in Teilen der Bevölkerung. Autonome sehen besonders im Schüler- und Studentenbereich ein großes Mobilisierungs- und Rekrutierungspotenzial für ihre eigenen Ziele.

### 3.6.1 Globalisierung

Größte Aktion für Autonome war wie im Vorjahr die vom 11. bis 13. Februar durchgeführte 41. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (vgl. auch Nummer 3.3). Bindeglied zum autonomen Spektrum war in diesem Jahr das „Stadtplenum München“. Wiederum konnte der ungestörte Verlauf der Konferenz nur durch einen massiven Polizeieinsatz sichergestellt werden.

Globalisierung ist zwar in den Kreisen gewaltbereiter Linksextremisten noch immer ein Thema, die Beteiligung deutscher Extremisten an Aktionen im Ausland war jedoch wieder deutlich geringer als in den Vorjahren. Beispielsweise gab es auch in diesem Jahr wieder mehrere Protestveranstaltungen gegen das Weltwirtschaftsforum, das vom 26. bis 30. Januar in Davos/Schweiz stattfand. Allerdings blieben die Gegenveranstaltungen weit hinter den Erwartungen der Organisatoren zurück. Schwerpunkt der Gegenaktivitäten waren zwei internationale Großdemonstrationen am 22. Januar in Bern/Schweiz und am 29. Januar in Basel/Schweiz. Die Berner Veranstaltung verlief überwiegend friedlich; in Basel kam es zu kleineren Ausschreitungen mit geringen Sachschäden. Insgesamt wurden mehr als 130 Personen in Gewahrsam genommen. Größere Sachbeschädigungen waren dagegen im Vorfeld des Weltwirtschaftsforums zu verzeichnen. In den schweizerischen Städten Zürich, Basel und Winterthur entstanden in der Zeit vom 24. bis 26. Januar Sachschäden von insgesamt mehr als 60.000 Schweizer Franken, nachdem unbekannte Täter Gebäudefassaden von international tätigen Konzernen mit Farbbeuteln beworfen bzw. ein Bankgebäude mit Pyrotechnik beschossen hatten. Durch eine Brandstiftung entstand bereits am 8. Januar an einer Ausbildungsanlage der Kantonspolizei in Zürich ein Sachschaden von mehr als 250.000 Schweizer Franken. Zu der Tat erklärte sich die „Gruppe Schutt und Asche“ verantwortlich, die der autonomen Szene in der Schweiz zuzuordnen ist. In Deutschland waren die Mobilisierungsbemühungen im Vorfeld des Weltwirtschaftsforums nur sehr zaghaft, so dass keine organisierten Reisebewegungen aus Deutschland zu beobachten waren, sondern lediglich Einzelreisen.

### 3.6.2 Teilnahme von Autonomen an Kundgebungen zum 1. Mai

Besondere Aufmerksamkeit bei den gewaltbereiten Linksextremisten in Bayern fand in diesem Jahr die „Revolutionäre 1. Mai-Demonstration“ in Nürnberg. An dieser Demonstration, die von der linksextremistischen „Initiative Neue ArbeiterInnenbewegung“ unter dem Motto „Kapitalismus abschaffen! Faschismus bekämpfen! - Das alles und noch mehr ... für die soziale Revolution!“ veranstaltet wurde, beteiligten sich etwa 1.800 Personen, darunter auch hunderte Autonome. Die Demonstration war eine Reaktion der linksextremistischen Szene auf einen Aufzug der rechtsextremistischen NPD, an dem sich etwa 380 Personen beteiligten. Die Nürnberger Linksextremisten hatten daher gemäß ihrem Veranstaltungs-Motto im Vorfeld nicht nur zu ihrer traditionellen, sozialrevolutionär ausgerichteten Demonstration aufgerufen, sondern auch gegen den Neonazi-Aufmarsch. Der NPD-Aufzug begann verzögert, da eine starke Rauchentwicklung in einem U-Bahn-Tunnel zu Störungen des U-Bahn-Verkehrs führte. Ein

Teil der Veranstaltungsteilnehmer gelangte deshalb verspätet zum Aufstellungsort. Die autonome Szene wertete dies als erfolgreiche Störung des NPD-Aufmarschs. Ein Großteil der Gegendemonstranten versuchte mehrfach, den NPD-Aufzug zu stoppen. Etwa 230 Personen blockierten eine Unterführung, weitere 300 drangen in den Hauptbahnhof ein und verteilten sich in Kleingruppen. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung kam es zu zahlreichen kleineren Auseinandersetzungen mit der Polizei, wobei ein Polizeibeamter schwer und einige Personen leicht verletzt wurden. Etwa 150 gewaltbereite Linksextremisten mischten sich außerdem unter die rund 4.500 Teilnehmer der vom „demokratischen Spektrum“ (u.a. Stadt Nürnberg) unter dem Motto „Nürnberg - Bunt statt braun“ durchgeführten Großveranstaltung gegen den NPD-Aufmarsch. Insgesamt nahm die Polizei 23 Personen, davon 20 aus dem linksextremistischen Spektrum, fest.

Im Gegensatz zu den Vorjahren wurde der „Revolutionäre 1. Mai 2005“ in Berlin von deutlich weniger Gewaltaktionen begleitet. Der Hauptgrund dafür dürfte neben dem flexiblen Polizeikonzept, das aufkeimende Gewalt durch Sperrmaßnahmen und konsequentes Einschreiten erfolgreich eindämmte, in der „Aufsplitterung“ der Aktivitäten des gewaltbereiten Personenpotenzials liegen. Die Aktionen begannen bereits am 30. April und fanden am Abend des 1. Mai ihren Höhepunkt. Obwohl die Einsatzkräfte wiederholt mit Steinen und Flaschen attackiert sowie mit Feuerwerkskörpern beschossen wurden, konnten durch massive Polizeipräsenz weitere Ausschreitungen verhindert werden. Die Sachschäden und die Anzahl der Verletzten (u.a. 52 Polizeibeamte) waren deutlich geringer als im Vorjahr.

### 3.6.3 Antifaschismus

Dauerthema für gewaltbereite Linksextremisten bleibt der Antifaschismus. Bundesweit erfolgten zahlreiche Übergriffe auf tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten. Dabei nutzen gewaltbereite Linksextremisten häufig Kundgebungen gegen rechts-extremistische Auftritte als Forum für Gewalttaten. Daneben sind entsprechende Veranstaltungen nicht gewaltorientierter Gruppen ein willkommener Anlass für den Versuch der Autonomen, Mitstreiter für ihr eigenes extremistisches Ziel, nämlich den Kampf gegen den Staat und seine Institutionen, zu gewinnen. Bei einer Reihe von Protestkundgebungen gegen rechtsextremistische Veranstaltungen konnte die Polizei bundesweit oft nur durch massive Präsenz Übergriffe und Ausschreitungen unterbinden.

Am 5. März führten Linksextremisten in Nürnberg, Fürth und Zirndorf im Rahmen einer so genannten Antifa-Kaffeefahrt Kundgebungen gegen Rechtsextremisten durch. Die Veranstaltungsorte befanden sich dabei überwiegend in der Nähe von Wohnungen bekannter Rechtsextremisten wie Gerhard Ittner und Ralf Ollert. Die etwa 50 Teilnehmer aus dem linksextremistischen Spektrum lieferten sich an einer Nürnberger Gaststätte, die als Treffpunkt für die neonazistische Szene diente, mit ebenfalls etwa 50 Rechtsextremisten einen verbalen Schlagabtausch. Die Polizei konnte eine Eskalation der Auseinandersetzungen verhindern.

Am 19. März fanden in Würzburg neben einer Kundgebung der Religionsgemeinschaften mit Teilnehmern des bürgerlichen Spektrums zwei Demonstrationen gegen einen zeitgleich von der NPD durchgeführten Aufzug anlässlich des 60. Jahrestags der Bombardierung von Würzburg statt, an denen sich auch mit Anhänger des linksextremistischen Spektrums beteiligten. Die Antifa Würzburg veranstaltete einen Aufzug mit bis zu 1.000 Demonstranten, darunter auch einige gewaltbereite Autonome. Viele Teil-

nehmer dieser Antifa-Demonstration wechselten dann zur Gegenkundgebung des Würzburger Friedensbündnisses, zu der sich insgesamt etwa 500 Personen einfanden. Aus diesem Personenkreis bildeten sich Splittergruppen, die immer wieder Störaktionen gegen die NPD-Demonstration durchführten. Es erfolgten 23 freiheitsentziehende Maßnahmen, davon 17 gegen linksextremistische Täter wegen Vermummung, Widerstands, gefährlicher Körperverletzung und Mitführens von Wurfsternen.

In der Nacht zum 1. April wurden im Münchner Umland an mehreren Orten wieder linksextremistische Flugblätter verteilt. Diese trugen einheitlich die Überschrift „Vorsicht Neonazis!“ und zeigten jeweils Fotos von Personen, die darunter mit Namen und Adresse genannt waren. Die Flugblätter enthielten u.a. folgende Aufforderung: „Achten Sie auf NeofaschistInnen in Ihrer Umgebung und schützen Sie dadurch sich und andere!“

Über 6.000 Personen demonstrierten am 2. April gegen eine Veranstaltung des Rechtsextremisten Norman Bordin in München, darunter wiederum Linksextremisten. Insbesondere etwa 150 bis 200 Autonome versuchten mehrfach, den Aufmarsch der Rechtsextremisten zu stören bzw. zu verhindern. Dabei wurden vereinzelt Flaschen und Steine geworfen und auch Verstöße gegen das Versammlungsgesetz begangen. Nach dem Ende der Veranstaltung kam es im Hauptbahnhof zu Auseinandersetzungen zwischen etwa 150 Personen des links- und des rechtsextremistischen Spektrums; der Polizei gelang es, die beiden Gruppen zu trennen. Insgesamt wurden 94 Personen fest- und drei in Gewahrsam genommen, davon 89 aus dem linksextremistischen Spektrum.

Der Studentische Sprecherrat der Universität München meldete für den 2. Juni anlässlich einer zeitgleich stattfindenden Versammlung von Rechtsextremisten eine Kundgebung unter dem Motto „Kein Fußbreit den Nazis!“ an. Nachdem die Veranstaltung der Rechtsextremisten abgesagt worden war, fand die Gegenveranstaltung unter Beteiligung von Linksextremisten mit rund 50 Teilnehmern ohne besondere Vorkommnisse statt. Später drang jedoch eine Gruppe von etwa 20 vermummten Personen, die der „linken Szene“ zuzuordnen waren, in ein Münchner Lokal ein. Sie warfen mit Stühlen und Aschenbechern nach dort anwesenden Rechtsextremisten. Bei dem Angriff wurde niemand verletzt; elf Personen wurden festgenommen. Gut eine Stunde später klopfen Personen des linksextremistischen Spektrums von außen an die Fensterscheiben einer anderen Münchner Gaststätte, in der sich mehrere Personen des rechtsextremistischen Spektrums aufhielten. Die Polizei konnte drei Linksextremisten mit den vorangegangenen Ausschreitungen in dem anderen Lokal in Verbindung bringen. Eine weitere Person wurde vor ihrer Wohnung in München vorläufig festgenommen.

### 3.7 Linksextremistische Gewalt- und Straftaten

Die Zahl der von Linksextremisten in Bayern verübten Gewalttaten ist von 19 im Vergleichszeitraum 2004 auf 47 im ersten Halbjahr 2005 deutlich angestiegen (zum Vergleich: im ganzen Jahr 2004 waren es insgesamt 27 Gewalttaten). 18 Gewalttaten standen im Zusammenhang mit der 41. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik im Februar; es handelte sich hierbei um versuchte Körperverletzungsdelikte und Widerstandshandlungen von Versammlungsteilnehmern gegen Vollstreckungsbeamte. Weitere 27 Gewalttaten waren antifaschistisch motiviert und wurden überwiegend im Zusammenhang mit den von Rechtsextremisten organisierten Großveranstaltungen am 19. März in Würzburg, am 2. April in München, am 1. Mai in Nürnberg und am

8. Mai wiederum in München begangen. Insgesamt wurden neben den Gewalttaten mindestens 67 (Vergleichszeitraum 2004: 100) weitere linksextremistisch motivierte Straftaten erfasst.

Am Morgen des 15. Januar verübten zwei unbekannte Täter einen Brandanschlag mit einem Molotow-Cocktail auf eine Münchner Gaststätte; es entstand geringer Sachschaden. In Tatortnähe wurde ein Plakat aufgefunden, das sich gegen die am selben Tag durchgeführte Veranstaltung der Deutschen Volksunion (DVU) richtete und mit dem Aufruf „Kommt und verhindert diese Nazi-Veranstaltung!!“ endete.

Während eines Polizeieinsatzes gegen einen „Schwarzen Block“ bei einer Demonstration anlässlich der 41. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am 12. Februar wurde einem Polizeibeamten der Schutzhelm vom Kopf gerissen. Anschließend wurden ihm mit einem Holzstock ein Schlag auf den Hinterkopf sowie mehrere Fußtritte gegen die Beine und den Genitalbereich versetzt.

Ebenfalls im Rahmen einer Demonstration gegen die Sicherheitskonferenz wurde am 12. Februar auf Polizeibeamte mit einer Fahnenstange eingeschlagen. Als eine komplett schwarz gekleidete Person daraufhin von mehreren Polizeibeamten festgenommen wurde, leistete diese erheblichen Widerstand.

Anlässlich einer von dem bekannten Rechtsextremisten Norman Bordin organisierten Veranstaltung am 2. April in München sprang ein Gegendemonstrant einem Veranstaltungsteilnehmer gegen den Brustkorb. Beim Sturz knickte das Opfer um und brach sich eine Zehe. Als das Opfer am Boden lag, versuchte der mit Springerstiefeln bekleidete Täter nochmals zuzutreten, wurde jedoch von Einsatzkräften der Polizei weggezogen und festgenommen.

#### 4. **SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)**

Die Aktivitäten der SO waren im ersten Halbjahr 2005 wie bisher im Wesentlichen geprägt von der Agitation gegen die Beobachtung der Organisation durch den Verfassungsschutz und die Erwähnung in den Verfassungsschutzberichten. Zu diesem Zweck versuchte die SO erfolglos, mit Vertretern von Verfassungsschutzbehörden bzw. Innenministerien der Länder Gespräche zu führen.

Wie auch im Vorjahr war einer der Schwerpunkte der Expansionsstrategie der SO ihr Bestreben, in ihrem angeblichen Kampf gegen die Bildungsmisere und den Analphabetismus die Studiertechnologie Hubbards in der Gesellschaft zu etablieren. Mit der Studiertechnologie, die auch über Nachhilfegruppen weitergegeben werden soll, will die SO unerkant die Lehren Hubbards verbreiten.

Die vom „Europäischen Menschenrechtsbüro“ der SO Anfang 2004 begonnene Public-Relations-Offensive, die scientologische Lösungsansätze für die Probleme der Gesellschaft anbietet, wurde durch die Auslieferung von neu gestalteten Broschüren zu den Themenbereichen „Schutz der Religionsfreiheit“ und „Durch Vernunft zu Ehrlichkeit und Selbstachtung“ fortgesetzt. Der Versand weiterer Publikationen zu anderen gesellschaftsrelevanten Themen ist bereits angekündigt.

Die in den USA ansässige angebliche Menschenrechtsorganisation „Alert International Inc.“ begann eine Diffamierungskampagne gegen das Bayerische Staatsministerium des Innern und das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz, denen sie Korruption und andere Gesetzesverstöße vorwirft.

##### 4.1 **Eröffnung eines Drogenrehabilitationszentrums von „NARCONON Bayern e.V.“ in Ellmau/Tirol**

Der im Jahr 2003 von langjährigen Scientologen neu gegründete Verein „NARCONON Bayern e.V.“ mit Sitz in München hat offenbar aufgrund örtlicher Proteste seine Absichten aufgegeben, im Landkreis Cham ein Drogenrehabilitationszentrum zu errichten. Stattdessen mietete der Verein Ende 2004 ein ehemaliges Alpengasthaus im österreichischen Ellmau/Tirol, um dort Anfang 2005 ein Drogenrehabilitationszentrum zu eröffnen. Mittlerweile kam es auch dort zu Protesten in der Öffentlichkeit gegen diese Einrichtung. Örtliche Politiker verteilten an die Bürger Postwurfsendungen mit Hinweisen auf die Gefahren der Scientology-Ideologie. Es bleibt abzuwarten, ob sich der Verein in Tirol auf Dauer etablieren kann.

##### 4.2 **Veranstaltungen**

Die Schwerpunkte der öffentlichen Aktivitäten lagen hauptsächlich in München und Umgebung. Die über 170 öffentlichen Veranstaltungen in Bayern waren größtenteils als Informationsstände in Form von Versammlungen organisiert. Als Veranstalter traten meist die „Scientology Kirche Deutschland e.V.“ (SKD) und ihre Tarnorganisation Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte (KVPM) auf.

Die SKD warb einerseits wie in den Vorjahren mit dem Thema „Sag JA zum Leben - Sag NEIN zu Drogen“ um Aufmerksamkeit; andererseits sollte das Thema

„Für den Frieden auf der Welt - Dianetik führt zum Frieden“ Interesse für die SO in der Öffentlichkeit wecken. Die SO-Tarnorganisation KVPM verbreitete Berichte über angebliche Missbräuche in der Psychiatrie. Mit diesen Themen sollte Aufsehen erregt werden, um neue Mitglieder zu werben. Dazu lagen bei einigen Veranstaltungen Listen aus, in die sich Betroffene oder interessierte Bürger eintragen konnten. Dieser Personenkreis erhält dann Informationsmaterial.

Darüber hinaus wurde die bundesweite Informationskampagne über die so genannten „Ehrenamtlichen Geistlichen“ (Volunteer Ministers) der SO fortgesetzt. Die Resonanz in der Öffentlichkeit war bei sämtlichen Versammlungen trotz aller Bemühungen der Veranstalter gering.

#### 4.3 Internationale Aktionen der SO

Das „Europäische Menschenrechtsbüro“ der „Church of Scientology International“ (CSI) in Brüssel hat die Anfang 2004 begonnene Informationskampagne fortgesetzt, bei der Informationsbroschüren mit dem Titel „Scientology - Antworten und Lösungen“ zu den verschiedensten Themen an führende Persönlichkeiten Europas verteilt wurden. In den in monatlichen Abständen veröffentlichten Broschüren werden einige der angeblich erfolgreichen Projekte der SO in der Drogenbekämpfung, der Rehabilitation von Strafgefangenen oder beim Kampf zum Schutz der „Religionsfreiheit“ vorgestellt. Offensichtlich erhofft sich die Organisation eine verstärkte Anerkennung durch politische Meinungsträger.

Die angebliche Menschenrechtsorganisation „Alert International Inc.“ mit Sitz in Florida/USA wandte sich seit Anfang Juni an bisher über 80 bayerische Behördenmitarbeiter mit der Aufforderung, Korruption und andere Gesetzesverstöße in der Verwaltung aufzudecken. Die Empfänger wurden aufgefordert, „Alert“ entsprechende Hinweise auf derartige Vorkommnisse vertraulich mitzuteilen, damit diese wieder „Recht und Ordnung“ Geltung verschaffen könne. Mit diesem Aufruf, Behördeninterna an „Alert“ zu melden, sollen offenbar Behördenmitarbeiter zu Dienstvergehen angestiftet werden. Die Art und Weise dieses Vorgehens lässt darauf schließen, dass es der SO offenbar gelungen ist, diese angebliche Menschenrechtsorganisation für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

„Alert“ zeigt damit auch exemplarisch auf, wie Anweisungen Hubbards noch heute umgesetzt werden. So heißt es in einer Führungsanweisung Hubbards zum Umgang mit „Unterdrückern“ von 1996:

*„Leute, die Scientology angreifen, sind Verbrecher.“*

*„Wenn man Scientology angreift, wird man auf Verbrechen hin untersucht.“*

*„Man ist sicher, wenn man Scientology nicht angreift, auch wenn man nicht auf ihrer Seite ist.“*

Schon in den vergangenen Jahren trat „Alert“ an bayerische Unternehmen heran, um die Verwendung der Schutzzerklärung gegen Scientology, von ihr „Sektenfilter“ genannt, anzuprangern. In diesem Zusammenhang wurden auch zahlreiche Schreiben an bayerische Behörden gesandt, in denen behauptet wurde, das Bayerische Staatsministerium des Innern diskriminiere Angehörige von so genannten Minderheitsreligionen.

#### 4.4 Verwaltungsgerichtsverfahren

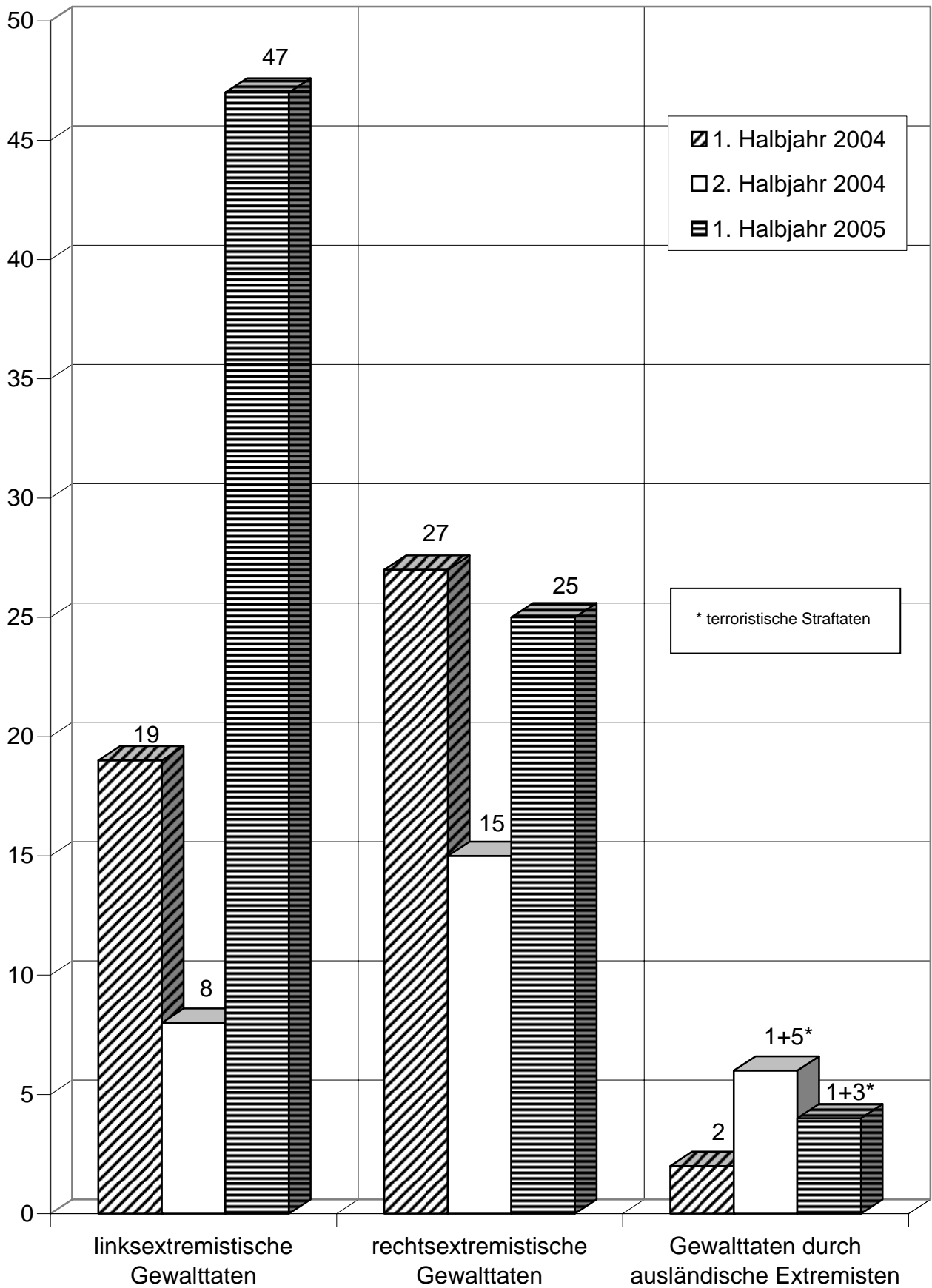
Die SO hat gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln vom 17. November 2004 am 2. Mai 2005 Berufung eingelegt. Mit diesem Urteil hatte das Verwaltungsgericht Köln die Klage der SO auf Unterlassung der Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in vollem Umfang zurückgewiesen (Az.: 20 K 1882/03). Das Gericht führte zur Begründung aus, es sei zu der Überzeugung gelangt, dass die Beobachtung der „Scientology Kirche Deutschland e.V.“(SKD) und „Scientology Kirche Berlin e.V.“(SKB) durch das BfV sowohl mit offenen als auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln rechtmäßig sei, weil deutliche tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorlägen, dass die Kläger verfassungsfeindliche Ziele verfolgten.

Das Oberverwaltungsgericht des Saarlands entschied in einer Berufungsverhandlung am 27. April, dass die Beobachtung der SO im Saarland durch den Verfassungsschutz zwar zulässig sei, aber aus Gründen der Verhältnismäßigkeit nicht mit nachrichtendienstlichen Mitteln fortgesetzt werden dürfe. Als Begründung war angeführt, dass im Saarland weniger als zwanzig Scientologen ihren Wohnsitz hätten und diese zudem von der „Scientology Kirche Frankfurt e.V.“ betreut würden. An der Verfassungsfeindlichkeit der Scientology-Organisation hatte das Gericht keine Zweifel.



# ANHANG

## Entwicklung extremistisch motivierter Gewalttaten in Bayern



## **Impressum**

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium des Innern  
Odeonsplatz 3  
80539 München  
Tel.: (0 89) 21 92 - 01  
Fax: (0 89) 21 92 - 1 22 25

Druck: Bayerisches Staatsministerium des Innern, München,  
August 2005

Hinweis: Die Verfassungsschutzinformationen Bayern für das  
1. Halbjahr 2005 sind auch über das Internet abrufbar:  
<http://www.innenministerium.bayern.de>  
<http://www.verfassungsschutz.bayern.de>